

Lutz Neuber

## Die Bewegung der Magdeburger „Jungen“ (1888-91)

*Zur Geschichte der antiautoritären Arbeiterbewegung in Magdeburg (Teil 2)*

### Einleitung: Die Opposition der „Jungen“ in der Sozialdemokratie

In den letzten Jahren der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes<sup>1</sup> ließ sich der Aufschwung der Arbeiterbewegung nicht mehr aufhalten. Nach den Jahren der Repression war eine gestiegene Konfliktbereitschaft zu beobachten. Schon 1889 setzte eine Streikwelle ein, die im Ausstand von fast 100.000 Ruhrbergarbeitern – dem größten Streik des 19. Jahrhunderts in Deutschland – kulminierte. Im Januar 1890 wurde das Ausnahmegesetz vom Reichstag nicht mehr verlängert und im September desselben Jahres lief es formal aus. Die sozialdemokratische Partei konnte im Februar 1890 bei den Reichstagswahlen erhebliche Stimmenzuwächse erzielen und wurde mit ca. 1,4 Mio. Stimmen stärkste Partei.

Nach den Wahlerfolgen befand sich die Stimmung in der Arbeiterklasse auf einem Höhepunkt. Nun war ein Machtzuwachs der Arbeiterorganisationen deutlich geworden. Dessen ungeachtet kam es jedoch zu einer erneuten Verschärfung der Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs der Partei. Zum Auslöser der Kontroverse geriet das Verhalten der Parteileitung im Zusammenhang mit der Maifeier. Ein Jahr zuvor war von einem internationalen Arbeiterkongress in Paris beschlossen worden, am 1. Mai 1890 „eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem Tag die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen.“<sup>2</sup> In zahlreichen Volksversammlungen war zuvor diskutiert worden, wie dieser Forderung Ausdruck verliehen werden soll – die überwiegende Mehrzahl entschied sich für eine „allgemeine Arbeitsruhe“, d.h. einen (General-)Streik. Da der Parteivorstand offensichtlich nicht gewillt war, diese weit verbreiteten Stimmungen zugunsten des Streiks aufzugreifen und zu einer einheitlichen Mai-Aktion zu koordinieren, ergriffen führende Berliner Sozialdemokraten die Initiative und veröffentlichten am 22. März 1890 in der Berliner Volks-Tribüne einen Aufruf „Was soll am 1. Mai geschehen?“<sup>3</sup> Darin forderten sie die Arbeiter in allen Industriestädten Deutschlands – mit Ausnahme der Orte, wo „der Proklamierung des Feiertags Schwierigkeiten im Wege stehen“ – auf, am 1. Mai nicht zu arbeiten und den Tag als Feiertag mit Kundgebungen und Ausflügen ins Freie festlich zu begehen.

Die Parteileitung hingegen warnte – allerdings erst nach einer Tagung der Fraktion am 13. April 1890 in Halle – vor einer allgemeinen Arbeitsniederlegung an jenem Tage. Sie wollte um jeden Preis vermeiden, dass es zu Zusammenstößen käme, die der Regierung den Vorwand für eine weitere Verlängerung des Sozialistengesetzes liefern könnte. Sie stiftete damit einige Verwirrung in den Reihen der Parteibasis – schließlich waren bereits in Hunderten von Versammlungen Beschlüsse zur allgemeinen Arbeitsruhe gefasst worden. In Folge dessen kam es dann nur in einigen wenigen Städten zu größeren Streiks. Lediglich in München und Hamburg gab es allgemeine Arbeitsniederlegungen. In Hamburg führte das zu einer heftigen und langandauernden Auseinandersetzung zwischen ca. 30.000 Arbeitern und Unternehmerschaft, die bis zum September 1890 andauerte.<sup>4</sup>

Nach dem Fiasko der Maifeier garte es in der Partei weiter. Der autoritäre Führungsstil der Fraktion rückte zunehmend in den Mittelpunkt der Kritik. Diese reagierte zunächst mit einer Diffamierungskampagne. Den oppositionellen „Jungen“ – deren Vertreter zumeist schon lange dem Jugendalter entwachsen waren – wurde vorgeworfen, während der Jahre des Sozialistengesetzes nicht aktiv gewesen zu sein, wohingegen die „Alten“ seit Jahren an vorderster Front für die Ziele der Sozialdemokratie gekämpft hätten.<sup>5</sup> LIEBKNECHT verwahrte sich gegen die Behauptungen der bürgerlichen Presse, in der Partei sei es zu „inneren Kämpfen“ gekommen – es hätten lediglich „dies oder das andere rüdische Schaf sich eingeschlichen“ und bescheinigte der Opposition insgesamt eine „geradezu komische Unbedeutendheit“.<sup>6</sup> Die Bezeichnung der Opposition als „Literaten- und Studentenrevolte“ geht schließlich auf ein Verdikt ENGELS' zurück, der, weil diese sich in ihrer Argumentation vielfach

<sup>1</sup> Zum Sozialistengesetz siehe den ersten Teil der vorliegenden Artikelserie in: Parthenopolis 1, 2007/2008, S. 127ff.

<sup>2</sup> Osterroth / Schuster 1975/2001 (Zugriff am 12.02.2009)

<sup>3</sup> Berliner Volks-Tribüne Nr. 12 vom 22. März 1890

<sup>4</sup> Beide Seiten reklamierten das als Beweis für die Richtigkeit ihrer Taktik – die Gemäßigten verwiesen auf die Zerschlagung von einigen Gewerkschaften in der Folge des Streiks, die Opposition machte geltend, dass ein reichsweiter Generalstreik mit der Intensität des Hamburger Ausstandes unweigerlich zum Erfolg geführt haben würde.

<sup>5</sup> Demgegenüber steht die Tatsache, dass viele der führenden Vertreter der Opposition in den 1880er Jahren aktiv in der Gewerkschaftsbewegung hervorgetreten sind – so z. B. Wilhelm Werner (Schriftsetzer), Carl Wildberger (Tapezierer), die Gebrüder Max und Richard Baginski (Schuhmacher) oder Albert Auerbach (Kaufleute). Gleiches dürfte auf ihre Anhänger zutreffen, auf die zwar oft die Bezeichnung „jung“ durchaus zutreffend war, die aber an ihren Wohn- und Arbeitsorten i.d.R. aktive Gewerkschafter und/oder Parteigenossen gewesen sind.

<sup>6</sup> Zitiert nach: Berliner Volks-Tribüne Nr. 34 vom 23. August 1890

auf seine Schriften bezogen hatte, sich mit diesem Urteil wohl deutlich von ihr distanzieren wollte.<sup>7</sup> Die so Geschmähten zahlten vielfach in barer Münze zurück. So warfen sie ihren Kontrahenten immer wieder persönliches Fehlverhalten vor. Insbesondere der Vorwurf des „Geschäftssozialismus“ wurde in Anschlag gebracht, wenn es galt, Widersacher zu treffen. Solcherart Auseinandersetzungen auf persönlicher Ebene führten in Versammlungen dann nicht selten dazu, dass die Anhänger von Fraktion und Opposition sich gegenseitig niederschrien oder gar mit Fäusten aufeinander losgingen – nicht zuletzt zur Freude der diesen Streit genüsslich kommentierenden bürgerlichen Presse.

Im Sommer 1890 zeigte sich die Opposition erstmals in der Öffentlichkeit. Bruno WILLE, ein der Sozialdemokratie nahestehender Schriftsteller, gab dazu den Anstoß. Er veröffentlichte am 23. Juli 1890 in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* einen Artikel<sup>8</sup>, in dem er sich dagegen wandte, die in der Partei bestehenden Differenzen unter den Tisch zu kehren, nur um den in der bürgerlichen Presse herumgeisternden Gerüchten von einer bevorstehenden Parteispaltung keinen Vorschub zu leisten. Er hielt dagegen, dass der Partei „im Gegenteil Öffentlichkeit (...) nützen“ werde, „indem sie nämlich die Klärung der Köpfe“ beschleunigen und das beginnende Erwachen der Arbeiterklasse befördern werde. Anschließend wies er auf die für die Arbeiterpartei negativen Folgen des Sozialistengesetzes hin, wodurch „in den Händen einzelner Personen (...) gewisse Machtbefugnisse“ konzentriert worden seien und dadurch „hie und da Autoritäten entstanden bloß auf Grund tüchtiger Gesinnung und Zuverlässigkeit oder eines Martyriums, nicht aber auf Grund bewährter Geisteskraft“. Dieser Umstand und das weit verbreitete Misstrauen aufgrund des unter dem Sozialistengesetz grassierenden „Spitzeltums“, habe schließlich zur „Korruption“ innerhalb der Partei geführt. Dieser Tendenz, der unter dem Repressionsgesetz kaum wirkungsvoll zu begegnen war, sollte nun ein Ende bereitet werden, da „die deutsche Sozialdemokratie (...) nicht bloß an Masse, sondern auch an Selbständigkeit und geistiger Reife derart zugenommen (hat), dass sie von denjenigen Leuten, welche Einfluss darauf ausüben möchten, anders behandelt werden muss, als dies noch vor fünf Jahren geschehen konnte.“ Jedoch habe die Parteileitung dem nicht Rechnung getragen und die hoffnungsvolle Maibewegung, die „beginnenden Selbständigkeit“ der Arbeitermassen mit ihrem Veto gegen den allgemeinen Streik am ersten Mai ausgebremst. Er warnte die Parteiführer, dass sie sich mit ihrem Verlangen nach „politischer Subordination“ nur einen „Hofstaat schmeichelnder Streber“ heranzüchte, „nicht aber freie, offene, mutige Männer, wie wir sie brauchen“, was im Übrigen auch für die Parteipresse gelte.<sup>9</sup>

Die Opposition konnte an einen verbreiteten Unmut gegenüber dem zögerlichen Vorgehen der Parteiführung an der Parteibasis anknüpfen, unter der angesichts der Wahlerfolge der Partei und dem Auslaufen des Sozialistengesetzes z. T. recht hohe Erwartung an eine baldige Revolutionierung der Verhältnisse herrschten. In Berlin wurden einige Versammlungen abgehalten, in denen die Parteileitung und Fraktion zum Teil sehr deutlich kritisiert wurden. Verstärkt wurde die Empörung gerade unter den Genossen, die während des Sozialistengesetzes an vorderster Front gekämpft hatten, durch die Antwort BEBELS auf WILLES Artikel. Er reagierte zunächst mit einer Erklärung,<sup>10</sup> in der er die Opposition einer „bubenhaften Kampfweise“ bezichtigte und der *Sächsischen Arbeiterzeitung* eine „passende Antwort“ ankündigte. Eine Woche später wurde die ausführlichere Antwort BEBELS im *Berliner Volksblatt*<sup>11</sup> veröffentlicht. Darin verwahrte er sich gegen die Anschuldigungen der Opposition und verlangte, dass diese die Namen nenne, auf die sie sich beziehe. Er warnte davor, dass die Auseinandersetzung von der bürgerlichen Presse zur Verleumdung der Sozialdemokratie benutzt werden können<sup>12</sup> und kündigte eine Abrechnung auf dem Parteitag in Halle an.

Daraufhin folgte ein – zunächst größtenteils über die Presse ausgetragener – längerer Disput zwischen Opposition und Fraktion. Vor allem in der *Berliner Volks-Tribüne*, der *Sächsischen Arbeiterzeitung* und der Magdeburger *Volksstimme* kamen die führenden Vertreter der Opposition zu Wort, die sich vor allem mit der Reaktion BEBELS und der Parteipresse auseinandersetzten. Als erstes solidarisierte sich die *Volksstimme* mit WILLE und der *Sächsischen Arbeiterzeitung*. Sie verwahrte sich gegen die in einem „befehlshaberischen Ton gehaltene Erklärung“, was im krassen Widerspruch zu den Prinzipien einer demokratischen Partei stehe. Letztlich sei das auch Ausdruck der Tatsache, dass „vielfach in unseren Reihen ein Autoritätsglauben großgezogen worden“ sei und die „Disziplin um der Disziplin willen“ hochgehalten werde. Der Autor, vermutlich Hans MÜLLER, hielt

<sup>7</sup> Friedrich Engels: Antwort an die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, „Der Sozialdemokrat“ Nr. 37 vom 13. September 1890. Wenn man die Oppositionsvertreter so klassifizieren wollte, dann traf das allenfalls auf einige ihrer Sprecher zu – so z. B. auf die Schriftsteller Bruno WILLE und Paul KAMPFFMEYER sowie die Studenten Hans MÜLLER und Paul ERNST. In verschiedenen Briefen fand Engels noch deutlichere Titel für die Opposition – er nannte sie z. B. „deklassierte Bürgerliche“, „kleine Lumpen“, „Literatenbande“. Vgl.: D. H. Müller 1975, S. 122. und MEW 37, S. 439ff

<sup>8</sup> „Der 1. Oktober“, in: *Sächsische Arbeiterzeitung* Nr. 88 vom 23. Juli 1890

<sup>9</sup> An der Spitze des Aufruhrs standen auch einige Redakteure lokaler Parteiblätter – wie z.B. der *Sächsischen Arbeiterzeitung* in Dresden und der Magdeburger *Volksstimme*.

<sup>10</sup> *Berliner Volksblatt* Nr. 173 vom 30. Juli 1890

<sup>11</sup> *Berliner Volksblatt* Nr. 181 vom 7. August 1890: „Die ‚Sächsische Arbeiterzeitung‘ und tutti quanti“

<sup>12</sup> Tatsächlich waren die Auseinandersetzungen ein gefundenes Fressen für die bürgerliche Presse. Die *Vossische Zeitung* kritisierte die Machtfülle der Fraktion und charakterisierte die Parteistrukturen als „Oligarchie“, in der *Kölner Zeitung* wurden die als eine „Verhöhnung aller demokratischen Grundsätze“ gebrandmarkt und die *Hamburger Nachrichten* sahen in der Partei ein „Gepräge straffster Zentralisation“. (Zitiert nach: *Sächsische Arbeiterzeitung* Nr. 98 vom 15.8.90)

dem die eigentlichen Ziele der Sozialdemokratie – bzw. die der Opposition – entgegen: „Wir wollen die Arbeiter nicht zu willenlosen Bewunderern und zu unermüdlichen Bravoklatschern unserer Redner erziehen, sondern zu Männern, die sich über alle ihre Schritte selbst klar sind, sich und andere unumwunden zu kritisieren.“ Schließlich sei das, was die Sozialdemokratie „zu einer so gewaltigen Kulturbewegung macht, (...) die selbstdenkenden, selbsttätigen Massen.“<sup>13</sup>

Ähnlich äußerte sich die *Sächsische Arbeiterzeitung*.<sup>14</sup> Sie warf BEBEL insbesondere vor, mit seinen wiederholten Hinweisen auf die bürgerliche Presse, die fortwährend bestrebt sei, „Verwirrung in unsere eigenen Reihen zu tragen“, die Kritik in den eigenen Reihen von vornherein abwürgen zu wollen. Zwar gebe es diese Absichten der Gegner, aber dadurch ließen sich allenfalls „Ochsen und Spießbürger“ oder ein paar wenige „Konfusionsräte“ beeindrucken, nicht aber die Arbeiter, die genug eigene „Urteilsfähigkeit“ besäßen, um nicht auf diese Verleumdungen hereinzufallen. Letztlich laufe die ganze Taktik des Vorstandes darauf hinaus, für die Parteipresse „eine Art Ausnahmegesetz zu erlassen“, dessen erster Paragraph laute: „Kein Sozialdemokrat darf gegen BEBEL schreiben. Zusatz: Selbst der Versuch ist strafbar.“<sup>15</sup>

Im Sommer 1890 kam es dann – vor allem in Berlin – aber auch in anderen Städten auf zahlreichen öffentlichen Versammlungen zu z. T. heftigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Opposition und denen der Fraktion. Dabei war nicht allein die mangelnde innerparteiliche Demokratie Zielscheibe der Kritik der „Jungen“. Die Opponenten warfen der Parteileitung nicht nur im Falle der Maifeier eine allzu zaghafte Herangehensweise vor, sondern allgemein ein den Enthusiasmus der Arbeiter bremsendes Vorgehen. Nachdem BEBEL – angesichts des Massenstreiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet – auf einer Versammlung in Berlin den Arbeitern vorwarf, ihnen sei „der Kamm geschwollen“, sie würden mit „frivolen Streiks“ die Erfolge der Sozialdemokratie gefährden, entgegnete ihm die Magdeburger „Volksstimme“, dass ein Arbeiter „niemals im Übermut sein und seiner Familie Existenz aufs Spiel“ setze. Man könne nicht erwarten, dass sie mit ihrem Kampf solange warten, bis die sozialdemokratische Führung das Signal dazu gebe – man sollte lieber darüber nachdenken, „wie mit Notwendigkeit auftretende, unvorbereitete Streiks gleich den wohlvorbereiteten ebenfalls zum Siege geführt werden können“. Die Taktik, die BEBEL den Arbeitern empfehle, liefe schließlich darauf hinaus, „unvorbereitete [Streiks] sind zu unterlassen, weil sie nicht erfolgreich sind, die Vorbereitung von Streiks aber soll unterbleiben, weil das nicht der Zweck der Organisation sein soll.“<sup>16</sup> Die Berliner *Volks-Tribüne* zeigte sich verwundert, dass viele führende Vertreter der Sozialdemokratie die Bedeutung der Gewerkschaften unterschätzten, wo diese doch eine so bedeutende Rolle bei der Überwindung des Sozialistengesetzes gespielt hatten. Sie sah in den von den Gewerkschaften geführten Lohnkämpfen ein viel wirksameres Mittel zur Erziehung der Massen, „als es alle auf rein politischer Grundlage sich bewegende Agitation vermag“.<sup>17</sup>

Inhaltlich entzündete sich die Diskussion auch am Entwurf der Parteileitung für ein neues Organisationsstatut, welcher Anfang August 1890 in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden war. Mit diesem Entwurf versuche die Fraktion – so ihre Kritiker –, ihre ohnehin schon großen Kontrollbefugnisse noch zu erweitern bzw. die unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes aufgrund der widrigen Umstände zwangsläufig ausgeübte Leitungsfunktion festzuschreiben.<sup>18</sup> Speziell die im Entwurf vorgesehene Fraktionsaufsicht über den Parteivorstand und über die Parteipresse wurde Gegenstand heftiger Kritik, ebenso die vorgesehene Festsetzung der Gehälter der Parteibeamten durch die Fraktion und der automatische Delegiertenstatus der Fraktionsangehörigen auf dem Parteikongress. Die Vertreter der „Jungen“ plädierten dagegen für eine weitgehende Dezentralisierung der Parteistrukturen, die „Volksversammlungen, in denen die proletarischen Forderungen am unmittelbarsten zum Vorschein kommen, müssten die eigentliche Basis der sozialdemokratischen Organisation werden.“<sup>19</sup> Mandatsträger sollten nur für einen begrenzten Zeitraum gewählt werden und erst nach einem gewissen Zeitraum wieder für dieses Mandat kandidieren können, eine Ämterhäufung – z.B. in Form einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in Fraktion und Kontrollorganen – sollte qua Statut verunmöglicht werden.<sup>20</sup>

<sup>13</sup> „Zur Klärung unserer Parteiverhältnisse“, in: Magdeburger Volksstimme Nr. 21 vom 24. Juli 1890

<sup>14</sup> „Herr Bebel und die Sozialdemokratie“, in: *Sächsische Arbeiterzeitung* Nr. 97 vom 13. August 1890 (Nachdruck in der Magdeburger Volksstimme)

<sup>15</sup> (Hans Müller): „Die Gefährdung des Rechts der freien Meinungsäußerung in der Sozialdemokratie“, in: Magdeburger Volksstimme vom 30. Juli 1890

<sup>16</sup> Ebenda

<sup>17</sup> Berliner Volks-Tribüne Nr. 39 vom 27. September 1890.

<sup>18</sup> So wurde in der *Berliner Volks-Tribüne* (Nr. 33 vom 16. August 1890) zwar eingeräumt, dass „die Fraktionsdiktatur (...) während des Ausnahmezustandes im großen Ganzen eine durch die Umstände geschaffene Notwendigkeit“ gewesen sei, der Organisations-Entwurf aber immer noch die „Eierschalen des Ausnahmezustandes“ trage, ohne dass die äußere Notwendigkeit dazu weiter bestehe.

<sup>19</sup> So die Magdeburger *Volksstimme*, zitiert nach Berliner Volks-Tribüne Nr. 33 vom 16. August 1890.

<sup>20</sup> Die *Sächsische Arbeiter-Zeitung* (Nr. 98 vom 15. August 1890) schlug die Begrenzung des Wahlmandates für Mitglieder des Parteivorstandes auf ein Jahr vor und begründete ihre Ablehnung der zentralen Rolle der Fraktion damit, dass deren Mandatsdauer nicht begrenzt werden könne. Die Mitglieder einer Kontrollkommission, die an Stelle der Fraktion den Vorstand kontrollieren sollte, sollten sich erst nach einer dreijährigen Pause der Wiederwahl stellen können.

Zudem wurde der Wahlmodus der Kongressdelegierten beanstandet, nach dem jeder Reichstags-Wahlkreis maximal drei Delegierte entsenden konnte. Dadurch erhielten die kleineren, zumeist ländlicheren Kreise, ein höheres Gewicht, während die vorangeschrittenen Teile der Arbeiterklasse, die industriell geprägten Wahlkreise mit zumeist großer Wähler- und Parteimitgliedschaft, unterrepräsentiert werden. Hinter diesem Modus, wie auch mit der Kontrollbefugnis über die prinzipielle Haltung der Parteipresse, witterten die Oppositionsvertreter – sicher nicht zu Unrecht – den Versuch der Fraktion, den Einfluss ihrer Gegner einzuschränken.

Inhaltlich verband die Opposition die Kritik an der Fraktion mit der am Parlamentarismus insgesamt. Dieser habe – nicht zuletzt durch die Dominanz der Fraktion in der Partei – ein zu großes Gewicht bekommen. Die Wahlen sollten allein als Gradmesser der Bewusstheit der Arbeiterklasse dienen und die Arbeit im Parlament nur der Entlarvung der bürgerlichen Parteien und der Aufrüttelung der Arbeiter. Stattdessen versuche die Fraktion durch eigene Gesetzentwürfe im Parlament mitzuarbeiten und begeben sich damit auf eine gefährliche Bahn. Dadurch würden zum einen die sozialdemokratischen Parlamentarier immer mehr „verkleinbürgerlichen“, zum anderen die Massen demoralisiert, die im Glauben, durch die Wahl eines Vertreters ins Parlament das ihre getan zu haben, sich faktisch selbst entmündigten. Auch würden im Versuch, möglichst viele Wählerstimmen zu erzielen, die Wahlprogramme derart gestaltet, dass sie für jeden Kleinbürger annehmbar werden. Dadurch entferne man sich immer mehr vom Endziel des Sozialismus. Hermann TEISTLER, Redakteur der *Sächsischen Arbeiterzeitung*, analysierte den Parlamentarismus als „die spezifische Form, unter welcher die Bourgeoisie an den Regierungsgeschäften teilnimmt“, wohingegen die Sozialdemokratie als eine revolutionäre, nicht jedoch als parlamentarische Partei konzipiert sei. Auch wenn immer mehr Arbeiter in das Parlament entsandt würden, so gelänge es angesichts der Mehrheit des bürgerlichen Blocks kaum, dort Verbesserungen für die Arbeiter durchzusetzen. Wenn tatsächlich Arbeiterschutzgesetze erlassen werden, dann nur, weil sich die Kapitalisten davon Vorteile versprechen bzw. der Druck durch die organisierte Arbeiterklasse in den Betrieben oder auf der Straße so groß geworden ist, dass ihnen keine andere Wahl bleibt. Gesetzt den Fall, die Arbeiterklasse gewänne die Mehrheit im Parlament, dann sei sie auch stark genug, den kapitalistischen Staat selbst aus den Angeln zu heben und wäre auf das Parlament nicht mehr angewiesen. Die Arbeiterklasse verfüge mit den Gewerkschaften über viel wirksamere Instrumente, ihre Interessen durchzusetzen. Zudem haben Streiks als Kampfform den Vorteil, dass sie die revolutionäre Energien der Arbeiter stärken. Aufgabe einer sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag sei es allein, zu verhindern, dass das Koalitionsrecht der Arbeiter ausgehöhlt werde und ansonsten das Parlament nur für „negative Tätigkeit“ und „prinzipielle Propaganda“ zu benutzen. Lange vor Rosa LUXEMBURG sah TEISTLER die Gefahr der „Wiedererrichtung einer Klassenherrschaft“ nach der Revolution, wenn die Arbeiter bis dahin nicht zu „selbstdenkenden und selbsturteilenden Menschen“ und „im demokratischen Geist“ erzogen worden sind, wozu die Unterdrückung jedes Autoritätsglaubens Voraussetzung sei.<sup>21</sup>

Im Zuge dieser Auseinandersetzungen verbreitete sich nicht nur in der allgemeinen Öffentlichkeit, sondern auch unter den Parteigenossen der Eindruck, dass die Spaltung der Partei unmittelbar bevorstünde. Das war angesichts des in der Partei vorherrschenden Strebens nach Einheit der Arbeiterklasse durchaus eine albatrossartige Vorstellung, deren Verwirklichung es um jeden Preis zu verhindern gelte. Die Einigkeit der Arbeiterklasse war ein zu hohes Gut, das zu gefährden keiner sich vorwerfen lassen wollte.

Die Vertreter der Opposition wollten eine Parteispaltung ebenso verhindern, wie die der Fraktion. Das traf für die Parteileitung genauso zu, wie für die Vertreter der Opposition. Erstere blies nun zur Offensive und warf die Autorität BEBELS in die Waagschale, um in den Zentren der Opposition dieser Einhalt zu gebieten. Als erstes – am 10. August 1890 – ging BEBEL nach Dresden, um in einer öffentlichen Volksversammlung der Redaktion der *Sächsischen Arbeiterzeitung* entgegenzutreten. Hier hatte BEBEL leichtes Spiel, da zum einen die Einberufung der Versammlung über ein parteiinternes Zirkular an ausgewählte, z. T. auswärtige Genossen erfolgte, zum anderen zwar die Redaktion der *Sächsischen Arbeiterzeitung* der Opposition zugeneigt war, aber über keinen Massenanhang in der dortigen Partei verfügte. In der Versammlung wurde mit „überwältigender Majorität“ eine von BEBEL vorbereitete Resolution angenommen, in der die Redaktion der *Sächsischen Arbeiterzeitung* wegen ihrer „ungerechtfertigten Angriffe auf die Parteileitung“ getadelt wurde. Außerdem wurde beschlossen, die Redaktion abzusetzen und die Zeitung in Parteieigentum zu überführen.<sup>22</sup>

Wenige Tage später, am 13. August 1890, trat BEBEL in Magdeburg in einer Versammlung auf, in der er vor 3000 Zuhörern die Opposition im Allgemeinen und die Redaktion der *Volksstimme* im Besonderen kritisierte. Hier gestaltete sich die Auseinandersetzung nicht so einfach, wie in Dresden. Erst zwei Wochen zuvor hatte die Redaktion der *Volksstimme* ihre Positionen den Magdeburger Sozialdemokraten in einer öffentlichen Versammlung zur Diskussion gestellt, an deren Ende die Versammelten der Redaktion ihr Vertrauen ausgesprochen hatten. Hinzu kam, dass am Vorabend in Berlin eine Versammlung der Sozialdemokraten des wichtigen VI. Wahlbezirks stattgefunden hatte, in der die von Bruno WILLE eingebrachte Resolution, in der die oppositionellen Positionen der Berliner Genossen bekräftigt wurden, angenommen worden war. BEBEL war sich der für ihn diffizileren Situation wohl schon im Voraus bewusst gewesen, seine Rede trug deutlich versöhnlichere Züge, als die drei Tage zuvor in Dresden gehaltene. Ihm entgegnete der Redakteur Hans MÜLLER, der in einer Rede die Frei-

<sup>21</sup> Hermann Teistler: „Zur Taktik der Sozialdemokratie“, Berliner Volks-Tribüne Nr. 39 vom 27. September 1890

<sup>22</sup> Müller 1892, S. 84f

heit der Kritik – auch an BEBEL – verteidigte und dafür einigen Beifall bekam. Auch die Mehrheit der Redner in der Diskussion stellte sich auf die Seite der Redaktion. Schließlich brachte BEBEL eine Resolution ein, in der die Einmischung der Redaktion der Volksstimme „in den persönlichen Streit“ zwischen BEBEL und WILLE bzw. der *Sächsischen Arbeiterzeitung* kritisiert und von ihr verlangt wurde, „die weitere Polemik in dieser Streitsache“ einzustellen. Das wurde von der Redaktion zurückgewiesen und von ihr angekündigt, dass sie im Falle der Annahme der Resolution zurücktreten werde. Als schließlich die Resolution mit einer Zweidrittel-Mehrheit angenommen wurde, zog sie die Konsequenzen und trat zurück.

Damit waren die wichtigsten Bastionen der Opposition in der Provinz erobert worden, Bebel holte nun zum entscheidenden Schlag in der Hauptstadt aus. Die Versammlung fand am 25. August vor etwa 5000 Personen in der Volks-Brauerei, dem größten Veranstaltungssaale Berlins, statt.<sup>23</sup> In einer längeren Rede wies er sämtliche Angriffe seitens der Opposition auf die Fraktion bzw. seine Person zurück, sie seien durch nichts bewiesen und stellten eine „schwere Beleidigung“ der Fraktion bzw. Parteileitung dar. In seinem Resolutionsantrag erklärte er alle „gegen die bisherige parlamentarische Tätigkeit der Fraktion gerichteten Angriffe für ungerechtfertigt“ und verlangte, dass die Austragung der Streitigkeiten auf den kommenden Parteitag im Oktober in Halle verlagert werde. WILLE wiederholte seine Kritik an der offiziellen Politik der Partei, wies insbesondere auf die negativen Auswirkungen hin, die eine Hinwendung zum Parlamentarismus und zur Reformgesetzgebung auf die Selbsttätigkeit der Massen haben werde. Zudem kritisierte er den Organisationsentwurf des Parteivorstandes und schließlich den Personenkultus in der Partei um BEBEL. Seine Ausführungen wurden immer wieder von Zwischenrufen und wachsender allgemeiner Unruhe unterbrochen, andere Diskussionsredner konnten deswegen teilweise gar nicht erst ausreden. Schließlich stimmten die Versammelten nach sechsstündiger Verhandlungsdauer mit überwältigender Mehrheit der Resolution BEBELS zu.<sup>24</sup>

Damit war der Opposition ein letztlich ausschlaggebender Schlag versetzt worden. Sie rief ihre Anhänger noch dazu auf, „möglichst in großen Versammlungen den Organisationsentwurf zu diskutieren und Delegierte nach Halle zu wählen, die ihre Interesse vertreten“<sup>25</sup>, konnte vor dem Parteitag aber keine entscheidenden Signale mehr geben. In Halle erlitt die Opposition, die mit insgesamt 15 Vertretern – bis auf einen Magdeburger waren alle von Berlin delegiert worden – auf dem Kongress vertreten war, durch die ungeschickte Verteidigung ihres Protagonisten, Wilhelm WERNER, Schiffbruch auf ganzer Linie. Zwar konnte man es indirekt erwirken, dass einige ihrer Kritikpunkte beim Organisationsstatut berücksichtigt wurden, was aber die von Seiten des Parteivorstandes gut vorbereiteten Abrechnung mit der Tätigkeit und den „Anschuldigungen der Opposition“ angeht, hatte WERNER der Parteiprominenz kaum etwas entgegenzusetzen. Schließlich wurde eine „Neunerkommission“ gebildet, die sein Verhalten – nicht jedoch das der Opposition insgesamt – zu befragen hatte. Sie gab schließlich ein vernichtendes Urteil zu WERNER ab<sup>26</sup>, ohne jedoch seinen Verbleib in der Partei ausdrücklich in Frage zu stellen.

Nachdem die Vertreter der Opposition auf dem Halleschen Parteitag im Oktober 1890 noch einmal knapp um einen Ausschluss herumgekommen waren, waren die Auseinandersetzungen zunächst beigelegt. Die Opposition verpflichtete sich, „die Streitaxt (zu) begraben“<sup>27</sup> und leckte ihre Wunden, Fraktion und Parteileitung hofften, dass damit die „Ruhe“ in der Partei wiederhergestellt wäre.

Erst die von dem bayerischen Abgeordneten Georg von VOLLMAR im Frühsommer (1. Juni und 6. Juli) 1891 in München gehaltenen „Eldorado-Reden“, in denen dieser für ein „allmähliches Hineinwachsen“ in den Sozialismus und eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien zur Verbesserung der Lage der Arbeiter plädierte und den „Dreibund“ – das militärische Bündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien – als „Garanten des Friedens“ bezeichnet hatte, brachte ein erneutes Aufblühen der Empörung in den Reihen der Partei. Als erstes wurde am 9. Juni 1891 in einer Schuhmacherversammlung in Berlin reagiert. WERNER, der eigentlich zu „Lassalle und die Sozialdemokratie“ referieren sollte, nutzte die Gelegenheit, um auf die Vorgänge in München aufmerksam zu machen. Daraufhin wurde von den Versammelten – einstimmig – eine Resolution angenommen, in der VOLLMARS Ansichten für „unsozialistisch“ erklärt wurden und diesem das Recht abgesprochen wurde, weiterhin die Interessen des Proletariats zu vertreten.<sup>28</sup> Die Parteileitung reagierte prompt, in nahezu allen sozialdemokratischen Zeitungen wurden die Schuhmacher verdammt, weil sie – als „eine zufällig zusammengelaufene Gewerkschaftsversammlung“<sup>29</sup> nicht berechtigt gewesen seien, über v. VOLLMAR als Parteigenosse zu

<sup>23</sup> Weitere 5000 bis 10.000 sollen erfolglos um Einlass begehrt haben, da bereits um 16.30 Uhr das Lokal überfüllt war. Die *Sächsische Arbeiterzeitung* mutmaßte daraufhin, dass die Versammlung gar nicht die Partei repräsentiert habe, da „wirkliche Proletarier nicht von Nachmittag zwei Uhr ab ein Lokal besetzt halten“ könnten. (*Sächsische Arbeiterzeitung* Nr. 105 vom 31. August 1890)

<sup>24</sup> Von ca. 4000 noch Anwesenden stimmten nur ca. 300-400 gegen die Resolution. Vgl. Hans Müller 1892, S. 90ff

<sup>25</sup> *Sächsische Arbeiterzeitung* Nr. 98 vom 15. August 1890

<sup>26</sup> U. a. hieß es, dass „WERNER nicht würdig sei, unserer Partei als Genosse anzugehören“, von einer Ausschlussempfehlung wurde aber abgesehen, da er „weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitzt, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen“. (Hervorhebungen im Original) Protokoll 1891, S. 53

<sup>27</sup> Ebenda, S. 54

<sup>28</sup> Müller 1975, S. 83

<sup>29</sup> Vorwärts Nr. 134 vom 12. Juni 1891, zitiert nach Müller 1975, S. 84

urteilen oder gar seinen Ausschluss zu fordern. Sie ging in keiner Weise auf die inhaltliche Kritik der Schuhmacher ein, stellte hingegen die vermeintliche Statutenwidrigkeit ihres Tuns in den Mittelpunkt. Stattdessen begann sie eine Kampagne gegen die Opposition vom Zaume zu brechen, mit der in nahezu allen sozialdemokratischen Tageszeitungen die selbige als „Radaumacher“ oder „konfuse Krakeeler“ diffamiert worden ist.<sup>30</sup>

Anfang Juli – am 3. und 9. Juli 1891 – entzündete sich die Debatte nochmals auf zwei Versammlungen im Berliner Feenpalast. Diese waren eigentlich einberufen worden, um die Delegierten für den Internationalen Arbeiter-Kongress in Brüssel (der in der zweiten Augushälfte stattfinden sollte) zu wählen. Ein zentrales Thema des Kongresses war die Art und Weise, in der die Maifeier im nächsten Jahr gefeiert werden sollte, was zu lebhaften Diskussionen führte. Unter den Berliner Arbeitern herrschte noch vielfach Unmut über die nun bereits zum zweiten Male verkorkste Maifeier, die diesmal auf Geheiß der Parteileitung am ersten Sonntag nach dem 1. Mai, also am 3. Mai, gefeiert worden war. Dem hatten sich – allerdings ohne Erfolg – einige Berliner Arbeiter widersetzt, die auf einer Versammlung im VI. Wahlbezirk die Maifeier durch Arbeitsruhe am eigentlichen Termin beschlossen und sich damit in Gegensatz zur Parteileitung gestellt hatten.<sup>31</sup> Schließlich verlagerte sich die Debatte auf weitere Themen. R. BAGINSKI und WILDBERGER bekräftigten – „meist mit mehr Wärme als Geschick“<sup>32</sup> – die Kritikpunkte der Opposition,<sup>33</sup> die sich hauptsächlich mit der zunehmenden Parlamentarisierung und der damit einhergehenden befürchteten Verkleinbürgerlichung der Partei beschäftigten. BEBEL und der Reichstagsabgeordnete R. FISCHER hingegen verteidigten die Parlamentspolitik der Fraktion. Die überaus lebhaften Auseinandersetzungen endeten schließlich mit einer mit überwältigender Mehrheit (gegen 200 Stimmen) angenommenen Resolution, die die bisherige Parteitaktik guthieß und dafür plädierte, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen und die Art und Weise der Feierlichkeiten den jeweiligen Landesvorständen zu überlassen. BEBEL warnte schließlich die Opposition, dass, wenn sie „mit der Haltung und Taktik der Partei sich nicht versöhnen könne, sie Gelegenheit bekomme, eine eigene Partei zu gründen.“<sup>34</sup> Einen vollständigen Sieg über die Opposition konnte BEBEL jedoch nicht erzielen, da als Delegierte für den Brüsseler Kongress die der Opposition zuneigenden Robert SCHMIDT, Fritz ZUBEIL und Otilie BAADER gewählt wurden.

Die Berliner Oppositionellen zogen nun offensichtlich ihre Lehren aus dem unkoordinierten und wenig überzeugenden Auftreten in den beiden Versammlungen. Kurz darauf wurde ein Flugblatt *An die sozialdemokratischen Parteigenossen Berlins* in Umlauf gebracht, in dem die Kritikpunkte der Opposition erstmals ausführlich dargelegt wurden. Darin wurde „einzelnen Führern“ – allerdings ohne Ross und Reiter zu benennen – vorgeworfen, den „revolutionären Geist dieser Bewegung (...) systematisch zu ertöten“ und „jedes demokratische Denken und Fühlen“ zu ersticken, wodurch die Bewegung immer mehr zur „puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung“ herabsinke. Mit ihrem Flugblatt wandten sie sich vor allem an die „überzeugten und zielbewussten Genossen“, erinnerten an die gemeinsame, von „glühender Begeisterung“ getragene Kampfzeit, der sie das Gezerre um „sogenannten Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge“ der Fraktion im Reichstag entgegenhielten. Heute verleugne man, um den verschiedensten Wählerschichten bis in „andere Gesellschaftsklassen“ hinein gerecht zu werden, vielfach die revolutionären Prinzipien. Dagegen wurde das Recht der Minderheit, ihre eigenen Positionen zu vertreten und die revolutionären Prinzipien hochzuhalten, betont. Über der Parteidisziplin stehe „das Prinzip, die Idee des revolutionären Sozialismus“, dem alles andere untergeordnet werden muss. Dazu gehöre auch, dass die „von Natur rein proletarische Bewegung“ nicht verwässert werde. Wichtiger als die Gewinnung der „indifferenten Landbevölkerung“ und von Kleinbürgern sei es, die „vorgeschrittenen Arbeiterschaft“ in den Industriezentren zu mobilisieren, denn allein dort werde der Kampf entschieden. Bei ihrer Kritik am Parlamentarismus bezogen sie sich auf keinen Geringeren als Wilhelm LIEBKNECHT, der 1869 in einer Broschüre allen diesbezüglich in der Partei aufkeimenden Illusionen eine unzweideutige Absage erteilt hatte – damit werde „das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechtereierie herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahne verführt, der Bismarcksche ‚Reichstag‘ sei zur Lösung der sozialen Frage berufen.“<sup>35</sup> Die Autoren des Flugblattes führten dafür zahlreiche Beispiele sozialdemokratischer Parlamentsarbeit an, kritisierten den Entwurf der Fraktion für ein Arbeiterschutzgesetz, mit Hilfe dessen der achtstündige Arbeitstag schrittweise bis 1898 eingeführt werden sollte ebenso, wie das Angebot BEBELS der Militärvorlage zuzustimmen, wenn die Regierung mit den Geldern auch neue Uniformen einführen werde, die die Arbeiter in Uniform besser vor dem Beschuss des Feindes schützen werde, oder die Zustimmung zum Festungsbau aufgrund der dadurch geschaffenen Arbeitsplätze. VOLLMARS offensichtliche Ambitionen auf ein Ministeramt seien nur der Gipfel dieser

<sup>30</sup> Müller 1975, S. 85

<sup>31</sup> So z. B. auf einer öffentlichen Volksversammlung der Arbeiter des 6. Berliner Wahlkreises Anfang April 1891, die mit überwältigender Majorität eine Resolution angenommen hatten, nach der „jeder Parteigenosse, dem es irgend möglich ist, verpflichtet ist, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.“ Die Redaktion der *Volks-Tribüne* distanzierte sich von diesem Aufruf, den sie zwar inhaltlich unterstützte, aber für den sie angesichts der Empfehlung der Parteileitung für eine Feier am darauffolgenden Sonntag keine Verwirklichungschancen sah. (Berliner Volks-Tribüne Nr. 14 vom 4. April 1891)

<sup>32</sup> Bernstein 1910, S. 120

<sup>33</sup> Vgl. Protokoll 1891 S. 55ff und Bernstein 1910, S. 119f

<sup>34</sup> Protokoll 1891 S. 57

<sup>35</sup> W. Liebknecht 1976, S. 21

schrittweisen Opferung des Prinzips zugunsten fragwürdiger kurzfristiger Vorteile für die Arbeiter. Wenn sie aber Parteiführern „Korruption“ vorwerfen, so geschehe das nicht aufgrund von deren Unehrllichkeit, sondern, weil sie eine „allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Föhlung mit dem Proletarierehend“ an den Tag legten. Zum Ende des Flugblattes gingen sie auf BEBELS Ausschlussdrohung an die Opposition ein, womit er sich genauso wie die Regierung gegenüber der Sozialdemokratie verhalte. Damit habe er „in einer Stunde alles das zertrümmert, (...) was er seit 25 Jahren selber mit aufgebaut und in Wort und Schrift so tapfer und energisch vertrat.“ Schließlich forderten sie ihre „Parteigenossen, welche mit uns, namentlich unter dem Sozialistengesetz, für die Verbreitung unserer Ideen so tapfer kämpften, (auf), dass sie sich endlich aufraffen und wieder mit uns der Versumpfung entgegenreten.“

Mit diesem – anonym<sup>36</sup> erschienen – Flugblatt hatte sich die Opposition erstmals eine Plattform verschafft, in der sie ihre Kritik an den Zuständen in der Partei ausführlich(er) darlegte. Es war die Antwort auf die Ausschlussdrohung BEBELS – und in gewissem Sinne eine Bestätigung des Vorwurfs eines organisatorischen Zusammenschlusses an die Adresse der Opposition. Diesen Eindruck hatten die Vertreter der „Jungen“ bis dato immer zu vermeiden versucht, um der Parteileitung keine formalen Gründe für einen Ausschluss zu bieten.

Dieser Ausschluss wurde schließlich, nach einer umfassenden Kampagne in der Parteipresse und noch einigen heftigen Auseinandersetzungen auf öffentlichen Volksversammlungen im Vorfeld des Kongresses, auf dem Erfurter Parteitag vollzogen. Auf dem Parteitag wurde von der Parteileitung ein Text, in dem die „Anschuldigungen der Berliner Opposition“ in 14 Punkten stichwortartig von Ignaz AUER zusammengefasst worden sind,<sup>37</sup> in Broschürenform vorgelegt, da dies durch die Opposition selbst nicht erfolgt sei. WERNER – als Sprecher der Opposition – erhielt ein einstündiges Rederecht zugestanden, um diese Punkte zu begründen. Er wies sogleich daraufhin, dass es keine „fest gegliederte Opposition“ in Berlin gebe<sup>38</sup> und somit auch keinen Adressat für die Forderung des Parteivorstandes, „ihre Anschuldigungen genau zu formulieren und unter Beifügung des nötigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten.“<sup>39</sup> Aus dem gleichen Grunde verwahrte er sich dagegen, für alle Äußerungen von „oppositionellen Elementen“ persönlich verantwortlich gemacht zu werden, zu den jeweiligen Äußerungen müsse die betreffende Person schon selbst befragt werden. Im weiteren Verlauf seiner Rede griff er verschiedene, teilweise lange zurückliegende Kritikpunkte an verschiedenen Vertretern und Entscheidungen der Fraktion auf, beklagte den „schlechten Ton“ und die Zensur von Versammlungsberichten im *Vorwärts* usw., legte aber keine systematische Kritik der Entwicklungen in der Partei vor. Er konnte damit die überwiegende Mehrheit der Delegierten nicht überzeugen – und hatte das angesichts der Zusammensetzung des Parteitages wohl auch nicht erwartet. Nachdem sich noch verschiedene Delegierte, darunter auch einige Oppositionelle, zu den „Anschuldigungen“ geäußert hatten, beantragte BEBEL die Bildung einer Neuner-Kommission, welche noch während der Verhandlungen des Parteitages „die Anklagen, dass die Parteileitung bzw. der Parteivorstand gegen die Parteitaktik verstoßen habe, zu prüfen und dem Parteitag Bericht zu erstatten habe.“ Dem wurde schließlich von den Versammelten stattgegeben. In der Diskussion um die „Taktik der Partei“ kamen nochmals die „Anschuldigen“ zur Sprache, deren einzelne Punkte von WILDBERGER – mit deutlich mehr Geschick, als durch WERNER – mit zahlreichen Beispielen untermauert wurden. WILDBERGER schloss seine Rede mit der Bemerkung, dass er seiner „Ausschließung“, von der er fest ausgehe, durch seinen Austritt zuvorkomme.<sup>40</sup> Die darauf folgende Diskussion, in der zwar VOLLMARS in den Eldoradoreden geäußerten Positionen mehrfach als deutlich schädlicher für die Partei angesehen worden waren, als die Abweichungen der Berliner Opposition, endete schließlich mit der Wahl der besagten Neuner-Kommission. Es war schließlich Albert AUERBACH, der quasi das Schlusswort<sup>41</sup> für die Opposition sprach. Darin verteidigte er diese als eine „der Sozialdemokratie allergetreueste Opposition“ ebenso, wie das uneingeschränkte Recht auf Meinungsfreiheit in der Partei und prophezeite dieser, sofern sie ihre bisherige „Reichstagspraxis“ weiterverfolge, diese „mit Notwendigkeit zur Vollmarschen Taktik“ führe. Anschließend gab er im Namen der wichtigsten auf dem Kongress vertretenen Anhänger der Opposition<sup>42</sup> bekannt, dass diese sich nicht vor die Kommission begeben werden, aber weiterhin bereit seien, sich öffentlich vor dem Parteitag zu äußern. Eine weitere Erklärung unterbrach SINGER, der sich auch weigerte, diese schriftlich entgegenzunehmen, woraufhin die Vertreter der Opposition „unter großer Unruhe“ den Saal verließen. Später verlas dann der Delegierte Fritz KATER (Neuhaldensleben-Wolmirstedt) diese Erklärung, in der AUERBACH, BAETGE, SCHULTZE (alles Delegierte für Magdeburg) sowie WERNER und WILDBERGER (Berlin) ihren Austritt aus der Partei bekannt gaben. Das Urteil der Neuner-Kommission, das mit nur 11

<sup>36</sup> Später bekannte sich C. WILDBERGER zur Mitautorenschaft, auf dem Erfurter Parteitag sprach der Reichstagsabgeordnete FISCHER davon, dass das Flugblatt ein gemeinschaftliches Werk von „30 bis 35 Oppositionellen“ gewesen sei. Dem wurde seitens der Opposition nicht widersprochen, womit man davon ausgehen kann, dass das der Wahrheit zumindest nahe kam.

<sup>37</sup> Vgl. Protokoll 1891 S. 74

<sup>38</sup> Vgl. Protokoll 1891 S. 97-103

<sup>39</sup> *Vorwärts* vom 12. September 1891

<sup>40</sup> Vgl. Protokoll 1891 S. 190-198

<sup>41</sup> Vgl. Protokoll 1891 S. 245-250

<sup>42</sup> WERNER, BAETGE, WILDBERGER und SCHULTZE

Gegenstimmen vom Parteitag angenommen wurde und in dem sämtliche Anschuldigungen der Opposition als unhaltbar erklärt wurden und – da keinerlei Widerruf durch die Verantwortlichen erfolgt sei – der Ausschluss von WERNER und WILDBERGER beschlossen worden ist, war dann nur noch Formsache.<sup>43</sup>

Bereits unmittelbar nach dem Parteitag wurde am 8. November 1891 der *Verein unabhängiger Sozialisten* in Berlin aus der Taufe gehoben. Damit war die Trennung zwischen der Partei, die sich immer mehr in Richtung einer herkömmlichen parlamentarischen Partei entwickelte, und dem linken Flügel, der sich auf die revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie berief, vollzogen. Allerdings sind viele Vertreter und Anhänger der Bewegung der „Jungen“ in der Partei verblieben, einige kehrten nach relativ kurzer Zeit wieder in den Schoß der Partei zurück. Für einen nicht geringen Teil der „unabhängigen Sozialisten“ war dieser Verein nur ein Zwischenschritt in der Entwicklung hin zum Anarchismus.

## Das Wiedererwachen der Bewegung in Magdeburg

Magdeburg war, wie bereits oben angedeutet, neben Berlin die zweite Hochburg der Bewegung der „Jungen“ in Deutschland. Die Verhaftungswelle im Winter 1886/87 hatte in Magdeburg zunächst zu einem weitgehenden Zusammenbruch der sozialdemokratischen und anarchistischen Aktivitäten geführt. Im Gefolge der vier Prozesse (DRICHEL; KÖSTER, HABERMANN und Genossen; Anarchistenprozess; Geheimbundprozess) wurden die Organisationen der Magdeburger Arbeiterbewegung weitgehend zerschlagen. Das schlug sich auch im Wahlergebnis der Magdeburger Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1887 nieder – sie verlor das 1884 erstmals errungene Mandat wieder. Auch der Besuch der Versammlungen der (legalen) Fachvereine war stark zurückgegangen. Lediglich „erfolgreiche Sammlungen für die Familien der Inhaftierten“ registrierten die Überwachungsbehörden.<sup>44</sup>

Der Stillstand in der Bewegung hielt auch nach der Freilassung der Gefangenen an, wie die Polizei im März 1888 vermeldete. Eine feste Partei-Organisation bestand zu der Zeit nicht, lediglich die Fachvereinsbewegung sei „schon wieder durch Ausgewiesene wieder in Fluss gebracht“ worden. Nur auf „einige Elemente“ habe die Strafe keinen Eindruck gemacht, sie fühlen sich „vielmehr nunmehr erst recht berufen, die Bewegung in der Arbeiter-Partei von Neuem in Fluss zu bringen.“<sup>45</sup> Zwar wurden keine öffentlichen Versammlungen mehr abgehalten, die Parteianhänger trafen sich jedoch regelmäßig in einer Anzahl von Lokalen, wo sie neben Diskussionen auch Sammlungen von Unterstützungsgeldern durchführten. Über die Verbreitung des *Sozialdemokrat* konnten die Behörden nichts mehr in Erfahrung bringen, lediglich der Bezug von Fachvereins-Blättern wurde festgestellt. Anscheinend waren die Aktiven der Partei mit der zurückhaltenden Vorgehensweise der lokalen wie auch reichsweiten Parteileitung derartig unzufrieden, dass sie den Bezug des *Sozialdemokrat* eingestellt hatten. In der „Übersicht über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung“ der Berliner Polizei vom 15. November 1887 wurde jedenfalls vermeldet, dass „in mehreren Hauptzentren der Bewegung“ – darunter Magdeburg – „die Radikalen sich ganz absonderten, die Erträge ihrer Sammlungen für sich behielten, Flugblätter durchaus revolutionären Inhalts auf eigene Hand verbreiteten, den ‚Sozialdemokrat‘ als zu gemäßigt abschafften und an Stelle dessen die ‚Freiheit‘ und die (...) ‚Autonomie‘ zu lesen und zu unterstützen anfangen.“<sup>46</sup> Inwiefern letzteres in Magdeburg auch der Fall war, kann nicht nachgewiesen werden. Noch im September 1887 war von der Magdeburger Polizei notiert worden, dass seit März desselben Jahres kein Exemplar der „Freiheit“ und „Autonomie“ nach Magdeburg gelangt sei.<sup>47</sup>

Eine neuer Aufschwung der Bewegung deutete sich aber bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1888 an. Ein Signal zur Wiederbelebung der Bewegung wurde mit der Aufhängung von Transparenten anlässlich des 10. Jahrestages der Verhängung des Sozialistengesetzes am 21. Oktober 1888 am Breiten Weg in Magdeburg sowie in Groß Ottersleben und Olvenstedt gegeben.<sup>48</sup> Am wichtigsten für die Wiederbelebung der Arbeiterbewegung erwiesen sich die Gewerkschaften. Im Jahre 1888 sind zahlreiche sogenannte Fachvereine neu gegründet worden. Deren führende Aktivisten waren es auch, die die Partei nach der Repressionswelle reorganisierten, indem sie die Verbindung zwischen den verschiedenen Fachvereinen herstellten und hielten. Dazu hatten sie zwei Komitees mit je drei Mitgliedern gebildet, die „für die Verbreitung von Druckschriften“ sowie für „Geldsammlungen und Unterhaltung von Verbindungen zur Reichstags-Fraktion sowie zu anderen Städten“ zuständig waren.<sup>49</sup>

<sup>43</sup> Vgl. Protokoll 1891 S. 318-321. Zwei weiteren Oppositionellen, den Berlinern R. BAGINSKI und LAMPRECHT, die sich ausdrücklich auf den Boden des Flugblattes der Opposition gestellt hatten, wurde, sofern sie nicht widerriefen, ebenfalls der Ausschluss angedroht.

<sup>44</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 1, Bl. 127f. und Bl. 147

<sup>45</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 1, Bl. 160ff.

<sup>46</sup> Dokumente 1, S. 321f.

<sup>47</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 1, Bl. 127

<sup>48</sup> *Berliner Volks-Tribüne* Nr. 43 vom 27. Oktober 1888

<sup>49</sup> Im Polizeibericht über den „Stand der sozialdemokratischen Bewegung im Regierungsbezirk Magdeburg“ vom 13. September 1888 heißt es dazu, dass die hiesige sozialdemokratische Bewegung wieder „an Intensität zugenommen“ habe, und weiter: „Im Frühjahr und im Laufe des Sommers ist eine neue Organisation hierselbst gebildet worden, welche sich insofern von der durch die erfolgte Bestrafung zerstörten unterscheidet, als Personen zu Leitern gewählt worden sind, die in ihrer

Am Neujahrstag 1889 wurde mit der massenhaften Verbreitung eines Flugblattes „An das arbeitende Volk von Magdeburg und Umgegend“<sup>50</sup> der Staatsanwaltschaft wieder eine Möglichkeit eröffnet, der neuen Parteileitung einen Schlag zu versetzen. Die von der Polizei dingfest gemachten Flugblattverteiler<sup>51</sup> wurden am 2. März 1889 vom Landgericht in Magdeburg zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 9 Monaten verurteilt. Die höchste Strafe erhielt Adolf SCHULTZE, der auch schon der alten Parteileitung angehört hatte und bereits im Geheimbundprozess zu einer 6-monatigen Haftstrafe verurteilt worden war.

Damit konnte aber der Reorganisationsprozess nicht mehr aufgehalten werden. Bereits am 18. Februar 1889 wurde auf einer Volksversammlung die Gründung des *Vereins zur Förderung des Volkswohls und volkstümlicher Wahlen* beschlossen. Dieser Verein wurde faktisch zur Lokalorganisation der Magdeburger Sozialdemokratie und entfaltete in den Folgemonaten eine rege Agitation. Man kann davon ausgehen, dass in diesem Verein die oppositionelle Richtung einen nicht unwesentlichen Einfluss hatte. So sprach der Anfang des Jahres 1890 nach Magdeburg verzogene Student Hans MÜLLER davon, dass in der hiesigen Arbeiterschaft jener Zeit „heimliches Misstrauen“ gegenüber der Fraktion vorherrschte<sup>52</sup>, ebenso wie sein Kampfgefährte Paul KAMPFFMEYER, der in seinen Erinnerungen an jene Zeit davon sprach, dass im Sommer 1890 „eine stark antiparlamentarische Strömung (...) das oppositionelle Magdeburg durchwogte“.<sup>53</sup> Diese Haltung ist aber schon einige Zeit vorher im Entstehen begriffen gewesen, was auch die politische Polizei konstatierte, wenn sie im Frühjahr 1889 vom Erstarren einer „radikaleren Strömung“ berichtete.<sup>54</sup> Auch der Fakt, dass der Vertrieb des offiziellen Parteiorgans *Sozialdemokrat* in Magdeburg zeitweilig zum Erliegen gekommen ist, dürfte nicht zuletzt dem Unwillen des radikalen Flügels zuzuschreiben gewesen sein, diesen weiterhin zu vertreiben.<sup>55</sup> Hingegen sei die Verbreitung der verschiedenen Fachvereinszeitungen und „anderer sozialdemokratischer Literatur“ deutlich angewachsen. Sie sah den Grund vor allem darin, dass „sich mit dem Vertrieb niemand mehr befassen will“ und anscheinend auch keiner gewillt war, die ausstehenden Abonnementgelder zu bezahlen. Lediglich der Vertreter der Gemäßigten, Wilhelm KLEES in Buckau schicke Gelder nach Zürich.<sup>56</sup> Und von den Arbeiterversammlungen heißt es: „In denselben ist fast immer der wahre Charakter der Sozialdemokratie zum Ausdruck gekommen. Es ist wiederholt mit Nachdruck hervorgehoben worden, dass, wie man sich ausdrückte, ‚der dröhnende Schritt der Arbeiter-Bataillone‘ in nicht allzu ferner Zeit das morsche Gebäude der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung ins Wanken bringen, und das Kapital bald abgewirtschaftet haben werde. Derartige Auslassungen wurden von den Anwesenden stets mit Jubel aufgenommen – ein Beweis dafür, dass auch breitere Massen das Vorgehen der Agitatoren gut heißen und eine Besserung ihrer Lage von der Zukunft erwarten (...)“.<sup>57</sup> Im Jahre 1889 beschleunigte sich dieser Aufschwung. Im Bericht vom 26. September 1889 musste die Polizei festhalten, dass die „sozialdemokratische Bewegung innerhalb des letzten Halbjahres im hiesigen Regierungsbezirke außergewöhnlich lebhaft gewesen“ sei und dabei ihre „Stütze immer mehr in der Gewerkschaftsbewegung und in der terroristischen Ausnutzung des Koalitionsrechts“ gefunden habe.<sup>58</sup> Mit letzterem sind die zahlreichen Streiks und Unterstützungsleistungen<sup>59</sup> durch die Gewerkschaften gemeint, die 1889/90 in Magdeburg stark zugenommen hatten und die allesamt für die Propagierung der sozialdemokratischen Ziele benutzt worden waren. Im Januar 1890 wurde dann auf einer Versammlung im Schlossgarten auf Initiative von Gustav KEBLER, einem Ausgewiesenen aus Berlin und führendem Vertreter der lokalistischen Maurerbewegung, die Gründung einer General-Kommission der Arbeiter Magdeburgs als Dachorganisation der lokalen Fachvereine beschlossen und ein vorläufiges Statut verabschiedet. Die Kommission nahm sich dabei den *Allgemeinen Ausschuss der Pariser Arbeitsbörse*, die später zur Basis der syndikalistischen Gewerkschaften werden sollten, zum Vorbild. Bereits kurze Zeit später vereinigte die Kommission 17 Branchengewerkschaften, die allesamt im Lager der Sozialdemokratie standen.<sup>60</sup>

---

Mehrzahl gleichzeitig die sogenannte Gewerkschaftsbewegung in der Hand haben.“ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 1, Bl. 225ff.

<sup>50</sup> Eine Reproduktion des Flugblattes ist abgedruckt in: Quellensammlung, Magdeburg 1990, F31

<sup>51</sup> Es handelte sich um den Zigarrenmacher Friese, den Klempner NEIDT, den Maurer THIE, den Arbeiter MATHIAS und den Zimmerer Adolph SCHULTZE.

<sup>52</sup> H. Müller 1892, S. 77

<sup>53</sup> Kampffmeyer 1910, S. 41

<sup>54</sup> Im polizeilichen Halbjahresbericht vom März 1889 wurde festgestellt: „Auch deuten mannigfache Anzeigen darauf hin, dass wieder eine radikalere Strömung Platz gegriffen hat.“ (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 47-48)

<sup>55</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 1, Bl. 160ff.

<sup>56</sup> Allerdings verbürgte sich die Polizei nicht für ihre Angaben, da sie einräumen musste, „dass die Abonnentenzahl gegenwärtig auch nicht annähernd bekannt“ sei. Teilweise wird der Rückgang der Verbreitung des *Sozialdemokrat* auch auf die Beschlagnahme von Sendungen zurückzuführen gewesen sein. (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2., Bl. 52ff.)

<sup>57</sup> Polizeibericht vom 18. März 1890 (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 174-183)

<sup>58</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 105-108

<sup>59</sup> Diese wurden – trotz ihrer anhaltend schlechten materiellen Situation – durch die Arbeiter „zahlreich und bereitwillig“ geleistet, wie die Polizei mit einigem Erstaunen feststellen musste. (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 174-183)

<sup>60</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 174-183

## Der Höhepunkt: die Reichstagswahlen im Februar 1890

Für den 20. Februar 1890 waren die Wahlen zum neuen Reichstag angesetzt. In Magdeburg bereitete man sich frühzeitig darauf vor. Ähnlich wie bei den Wahlen 1887 war die Auswahl des Kandidaten für den Wahlkreis Anlass für Auseinandersetzungen in der Partei. Der bisherige Anwärter, der Halberstädter Hutmacher August HEINE, wollte auch dieses Mal wieder kandidieren, obwohl seine Aufstellung bereits bei der letzten Wahl heftig umstritten gewesen ist. Verschärft wurde die Situation dadurch, dass sich HEINE mit seiner Bekenntnis zur „kaiserlichen Botschaft“ beim Magdeburger Geheimbundprozess 1887 bei den hiesigen Arbeitern vollständig desavouiert hatte.<sup>61</sup> Dennoch wollten er und einige Vertreter des gemäßigten Flügels an seiner Kandidatur festhalten. HEINE hatte, ohne die örtliche Partei offiziell zu informieren, Anfang November 1888 eine Versammlung einberufen, in der er sich als Reichstagskandidat empfahl. Daraufhin veröffentlichten Magdeburger Parteigenossen ein Protestschreiben in der *Berliner Volks-Tribüne*, in dem sie gegen die Überrumpelung der lokalen Partei durch HEINE protestierten und ihre Kritik an seiner Person darlegten. Auf einer öffentlichen Versammlung, in der HEINE für die Gründung einer Familien-Krankenkasse warb, kam es zu tumultartigen Szenen, als seine Kandidatur thematisiert wurde. In einer späteren Versammlung wurde von den Anwesenden – einschließlich seines bis dato stärksten Befürworters, Bremer, – gegen „die Art, wie Herr HEINE über die Köpfe der Magdeburger hinweg seine Versammlung einberufen“ habe und wodurch „Uneinigkeit und Zersplitterung“ hätte entstehen können, protestiert und schließlich festgehalten, dass sein Versuch, sich „als Kandidat aufzudrängen (...)“ vollständig erfolglos gewesen sei. Daraufhin musste er seine Kandidatur zurückziehen.<sup>62</sup>

Dadurch war ein wesentlicher Streitpunkt in der Magdeburger Sozialdemokratie beseitigt und der Weg zur Wiedervereinigung der radikalen und gemäßigten Strömung frei<sup>63</sup> – und damit der für eine intensive Wahlvorbereitung. Am 19. Februar 1889 wurde ein eigener Wahlverein, der *Verein zur Förderung des Volkswohls und volkstümlicher Wahlen*, aus der Taufe gehoben. Gleichzeitig wurde die Kandidatur des Münchener Landtagsabgeordneten Georg von VOLLMAR für Magdeburg bekannt gegeben, welche schließlich von den Versammelten einstimmig bestätigt wurde. Der Verein entfaltete in den Folgemonaten eine rege Agitation und erzeugte damit – so die Polizei – „eine derartige Gärung, dass der leidenschaftliche Hass gegen die bestehende Ordnung und deren Wächter bei jeder Gelegenheit in Widersetzlichkeit und tätlichen Angriffen sich Luft zu machen sucht.“<sup>64</sup>

Die Polizei reagierte in gewohnter Weise – am 30. August 1889 wurde der Verein bereits wieder verboten. Sie konnte damit jedoch kaum mehr Wirkung erzielen. Seit der Jahreswende 1889/90 intensivierte die Magdeburger Sozialdemokratie ihren Wahlkampf. „In den fast Tag auf Tag abgehaltenen öffentlichen Wahlversammlungen wurde zur äußersten Tätigkeit angespornt“, heißt es im Halbjahresbericht der politischen Polizei in Magdeburg. Es wurden Plakate geklebt, Parolen für VOLLMAR mit Hilfe von Schablonen an die Wände und Bauzäune der Stadt gemalt, massenhaft Flugblätter verteilt und in den Fachvereinsversammlungen agitiert.<sup>65</sup> Allein VOLLMAR trat in 7 Wahlkundgebungen vor jeweils 3000 bis 5000 Magdeburgern auf. Er wurde durch zahlreiche einheimische und auswärtige Agitatoren – darunter auch die Parteiführer BEBEL und W. LIEBKNECHT – unterstützt.<sup>66</sup>

Offensichtlich ist es der hiesigen Sozialdemokratie gelungen, unter der Arbeiterschaft eine Hochstimmung zu erzeugen, die einerseits durch die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes durch den Reichstag am 25. Januar 1890 und andererseits durch die Geschlossenheit, mit der die Partei im Wahlkampf aufgetreten ist, befördert worden sein dürfte. Zum ersten Mal seit der Spaltung der lokalen Parteiorganisation im Jahre 1885 sind die Magdeburger Sozialdemokraten wieder geeint aufgetreten, beide Flügel haben sich im Wahlkampf engagiert und ihre internen Zwistigkeiten hintenan gestellt. Bei den Wahlen am 20. Februar 1890 erreichte der sozialdemokratische Kandidat für Magdeburg, VOLLMAR, mit 17.256 Stimmen bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, womit weder die Behörden, noch die örtlichen Parteivertreter selbst gerechnet hatten.<sup>67</sup> Allein die Tatsache, dass VOLLMAR gleichzeitig in München für die Partei angetreten und gewählt worden war – er nahm schließlich

<sup>61</sup> Am 17. November 1887 wurde von Bismarck eine „Kaiserlichen Botschaft“ Wilhelm II. im Reichstag verlesen, in der umfassende sozialpolitische Reformen angekündigt wurden. Damit wurde eine Zeit der „milden Praxis“ in der Auslegung des Sozialistengesetzes eingeleitet, die bis 1886 andauerte. Im Jahre 1884 stand – neben seiner opportunistischen Anbiederung bei kleinbürgerlichen und -bäuerlichen Wählerschichten – die „Selbstverherrlichung seiner Person“ und sein „geschäftssozialistisches Gebaren“ im Mittelpunkt der Kritik. (LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 32)

<sup>62</sup> Berliner Volkszeitung vom 15. November 1888 und Neue Preußische Zeitung vom 14. November 1888, Zeitungsausschnitte in: LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 32 sowie *Berliner Volks-Tribüne* Nr. 45 vom 10. November 1888 Nr. 47 vom 24. November 1888 und Nr. 48 vom 1. Dezember 1888.

<sup>63</sup> Neue Preußische Zeitung vom 14. November 1888.

<sup>64</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 845 Bd. 7, Bl. 201ff.

<sup>65</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 174-183

<sup>66</sup> Im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen am 20. Februar fanden laut Polizei 16 „große Volksversammlungen“ mit bis zu 4000 Zuhörern statt, sowie weitere 11 im Vorfeld der Nachwahlen am 20. März 1890. Vgl.: LHASA Rep. C28, Ia Nr. 861, Bl. 111-114

<sup>67</sup> Das entsprach 50,2% der abgegebenen, gültigen Stimmen im Wahlkreis – bei der 1887er Wahl hatte Heine noch 40,1% erzielt. Die Behörden hatten unter Zugrundelegung des Bevölkerungszuwachses seit 1887 mit etwa 14.200, die Parteivertreter mit 16.000 Stimmen gerechnet. (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 174-183)

das dortige Mandat an – führte dazu, dass am 20. März 1890 erneut gewählt werden musste. Dieses Mal war der Gothaer Redakteur Wilhelm BOCK aufgeboten worden. Er konnte die Stimmenzahl für die Sozialdemokratie nochmals steigern – auf 18.455 Stimmen – und damit wieder sämtliche Erwartungen übertreffen.

### Das Fiasko: die Maifeier

Unter dem Eindruck des Hochgefühls nach den Wahlerfolgen wurden nun verstärkt die Vorbereitungen für die Maifeier angegangen. Am ersten Mai 1890 sollte – gemäß den Beschlüssen des Internationalen Arbeiterkongresses von Paris im Vorjahr – weltweit für die Einführung des 8-Stunden-Tages gestreikt bzw. Manifestationen veranstaltet werden. Dieser Aufruf ist von vielen Arbeitern in Deutschland mit Begeisterung aufgenommen worden und verursachte damit in der Unternehmerschaft sowie bei den Behörden viel Aufregung.<sup>68</sup> Eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung der Maifeier spielte die Anfang des Jahres gegründete General-Kommission der Arbeiter Magdeburgs. Die in diesem Dachverband zusammengeschlossenen Fachvereine beriefen zahlreiche Versammlungen ein, in denen für den Maifeiertag agitiert und über die Art und Weise, wie diese Feier abgehalten werden sollte, debattiert wurde. In diesen wurde – zumeist einstimmig – beschlossen, am ersten Mai die Arbeit ruhen zu lassen.<sup>69</sup> Als im März 1890 nach dem Aufruf führender Berliner Sozialdemokraten zur allgemeinen Arbeitsruhe ein Streit mit Vertretern der Fraktion, die dafür plädierten, den Beschluss der Fraktion dazu abzuwarten, entbrannte, beschloss die General-Kommission der Arbeiter Magdeburgs am 9. April 1890 eine Resolution, in der sie sich „mit dem Vorgehen der Berliner Genossen vollständig einverstanden“ erklärte und ihre Absicht, „den 1. Mai als Feiertag zu betrachten“, bekräftigte.<sup>70</sup> Der vier Tage später von der Reichstagsfraktion erlassene Aufruf, in dem vor einer allgemeinen Arbeitsniederlegung gewarnt wurde, da durch diese eine Neuaufgabe des gerade nicht mehr verlängerten Sozialistengesetzes provoziert werden könnte, führte zu heftigen Auseinandersetzungen in der Magdeburger Partei. Am 17. April 1890 kam es auf einer Volksversammlung im Concordia-Theater zu einer erregten Debatte über den Beschluss des Parteivorstandes. Die Reichstagsfraktion hatte eigens einen Vertreter nach Magdeburg entsandt, der ihre Entscheidung erläuterte. Daraufhin gab BREMER zu bedenken, dass der Pariser Beschluss in den verschiedenen Ländern unterschiedlich gehandhabt werde, kritisierte aber, dass der Aufruf der Reichstagsfraktion so spät kam. Er sprach sich gegen eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai aus. Andere schlossen sich ihm an, da abzusehen war, dass es zu keiner einheitlichen Aktion der Arbeiter an diesem Tage kommen werde, was eine Maßregelung der trotzdem Feiernden zur Folge haben würde. Jedoch gab es auch diverse Einwände gegen die Beschlüsse der Fraktion. Als es zur Abstimmung über die Frage, ob der 1. Mai als Feiertag, an welchem die Arbeit ruht, begangen werden soll, kam, wurde dies von den Anwesenden mehrheitlich bejaht. Daraufhin forderte BREMER erneute Abstimmung, da sich ein Großteil bei der Stimmabgabe enthalten und die Versammelten die Frage wohl nicht richtig verstanden habe. Der Vorsitzende der Versammlung, LANKAU, verwahrte sich zwar gegen diese Unterstellung, ließ jedoch – trotz zahlreicher Einwände – ein zweites Mal abstimmen. Dieses Mal brachte die Abstimmung das von BREMER gewollte Ergebnis. Eine Resolution kam zur Annahme, in der die Arbeiter aufgefordert wurden, die Maifeier mit Versammlungen und Festlichkeiten zu begehen, nicht jedoch die Arbeit niederzulegen.

Damit wurde der Stimmung in der Arbeiterschaft ein empfindlicher Dämpfer versetzt. Zwar wurde in einer Versammlung der Zimmerer am 21. April 1890 mehrheitlich dafür plädiert, am Beschluss, am 1. Mai zu feiern, festzuhalten<sup>71</sup>, aber spätestens nach den verstärkten Drohungen seitens der Arbeitgeber, streikende Arbeiter zu entlassen bzw. zeitweilig auszusperrern,<sup>72</sup> waren die Weichen für einen „friedlichen“ ersten Mai gestellt. Zwar wurde am „Arbeiterfeiertag“ auf einigen Bauplätzen und Werkstätten nicht gearbeitet und auch von einigen Arbeitern versucht, ihre Kollegen in anderen Fabriken zur Arbeitsniederlegung zu bewegen,<sup>73</sup> in der Mehrzahl folgten die meisten Arbeiter den Beschlüssen ihrer Führer bzw. beugten sich den Drohungen der Arbeitgeber. Nur vereinzelt, und zumeist erst nach Arbeitsende, wurden einige kleinere Versammlungen bzw. Feiern oder Ausflüge abgehalten – die großen Versammlungen waren allesamt von den Behörden verboten worden. Mit Ausnahme von ein paar Zwischenfällen – so wurden z. B. zwei Arbeiter beim Versuch, am Breiten Weg ein Transparent aufzuhängen, verhaftet – ist der erste Mai ohne größere Störungen verlaufen. Die nationalliberale

<sup>68</sup> Zeugnis dafür sind z. B. die zahlreichen Artikel im Vorfeld der Maifeier in der bürgerlich-nationalliberalen *Magdeburgischen Zeitung*, die überwiegend einen besorgten Tenor hatten und an die Unternehmerschaft appellierten, allen Streikversuchen der Arbeiter entschlossen entgegenzutreten. Vgl. *Magdeburgische Zeitung* vom 8., 17., 21., 25. Januar, 10., 13., 16., 19., 23., 26., 27., 30. April.

<sup>69</sup> In der *Magdeburgischen Zeitung* Nr. 185 vom 13. April 1890 sind die Fachvereine folgender Berufsgruppen aufgelistet, die Beschlüsse, „den ersten Mai als einen sozialistischen Feiertag zu heiligen“ (und damit die Arbeit ruhen zu lassen) gefasst hatten: „Korbmacher, Kupferschmiede, Former, Schuhmacher, Bauhandwerker, Tischler, Maler, Metallarbeiter, Zimmerer, Feilenhauer und Maurer und Zimmerer“.

<sup>70</sup> *Magdeburgische Zeitung* Nr. 179 vom 10. April 1890

<sup>71</sup> *Magdeburgische Zeitung* Nr. 203 vom 23. April 1890. Auch die Grubenarbeiter von Hötensleben bekräftigten ihren Beschluss, am ersten Mai nicht zu arbeiten, fest. Vgl.: *Magdeburgische Zeitung* Nr. 211, 27. April 1890

<sup>72</sup> Vgl.: *Magdeburgische Zeitung* Nr. 209, 26. April 1890 und Nr. 211, 27. April 1890

<sup>73</sup> Vgl.: *Magdeburgische Zeitung* Nr. 218, 2. Mai 1890

Magdeburgische Zeitung konnte befriedigt feststellen, dass „dieser Versuch, die bürgerliche Gesellschaft durch die Arbeitermassen zu terrorisieren (...) auf das kläglichste gescheitert“ sei.<sup>74</sup> Laut Polizei herrschte unter den „sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern (...) große Verbitterung“<sup>75</sup> und im Gefolge des „Fiaskos“ vom ersten Mai machte sich eine „allgemeine Ruhe und Ermüdung“ unter den Arbeitern breit, so dass „an die Stelle der Sorgen (...) bei den besitzenden Klassen wieder vielfach die alte Sorglosigkeit getreten“ sei.<sup>76</sup>

Für viele der „radikaleren Elemente“ in der Magdeburger Partei wurde dieses „Fiasko“ zum Anlass erneuter Opposition gegen die Parteileitung. Sie sahen in dem Beschluss der Reichstagsfraktion die Ursache für das Misslingen der Maidemonstration, eine Einschätzung, die auch von den überwachenden Behörden geteilt wurde. Damit habe die Fraktion „bei vielen Sozialdemokraten ihre erste Ansicht ins Wanken gebracht und in die Partei Verwirrung und Unentschlossenheit gebracht“. In mehreren Versammlungen wurde die „verunglückte Maifeier“ erörtert und an die Adresse der Fraktion der „Vorwurf der Nachlässigkeit und Mutlosigkeit“ gerichtet, wodurch „der Nutzen, den man aus dem Wahltage haben ziehen können“ zunichte gemacht und „die Verwirklichung des 8-stündigen Arbeitstages in weite Ferne gerückt“ worden sei.<sup>77</sup>

## Die Volksstimme

Diese Verbitterung schlug sich in verstärkten Aktivitäten des radikalen Flügels nieder. Die Opposition konzentrierte sich nun verstärkt auf das Projekt einer lokalen sozialdemokratischen Tageszeitung, die dem Pressemonopol der Fraktion etwas entgegenzusetzen sollte. Bereits zu Beginn des Jahres 1890 war in Magdeburg von verschiedener Seite die Herausgabe eines lokalen Partei-Blattes angeregt worden. Am 6. Januar 1890 wurde eine Zeitungskommission gebildet, die dieses Vorhaben vorantreiben sollte und in der die Oppositionellen SCHULTZE und LAUBEN maßgeblich aktiv waren.<sup>78</sup> Im Frühjahr wandte sich die Kommission an den leitenden Redakteur der oppositionellen *Berliner Volks-Tribüne*, Max SCHIPPEL, den sie als Redakteur für das Lokalblatt gewinnen wollten. Dieser lehnte jedoch ab und schlug stattdessen den Studenten Hans MÜLLER aus Rostock, der zu jener Zeit ebenfalls Mitarbeiter an der *Volks-Tribüne* war, als Redakteur vor. Am 27. April 1890 wurde dann in einer Versammlung der endgültige Beschluss, eine Lokalzeitung ins Leben zu rufen, gefasst. MÜLLER wurde als verantwortlicher Redakteur gewählt – unter der ausdrücklichen Maßgabe, die Zeitung „von der Fraktion unabhängig zu redigieren“. <sup>79</sup> Dieser holte auch seinen Freund Paul KAMPFFMEYER aus Genf nach Magdeburg, der ihn in der Redaktionsarbeit unterstützen sollte. Mit Max BAETGE als Geschäftsführer des Verlages der *Volksstimme* wurde eine weitere wichtige Position des Blattes mit einem Vertreter des radikalen Flügels besetzt.

Am 8. Mai 1890 wurde auf Betreiben der Vertreter des gemäßigten Flügels eine Kontrollkommission gewählt, die die Ausrichtung des Blattes im Sinne der Partei zu überwachen hatte und die sich mehrheitlich aus Vertretern des fraktionellen Flügels der Magdeburger Sozialdemokratie zusammensetzte. Ihr war die Redaktion rechenschaftspflichtig – und von Anfang an Konflikte vorprogrammiert.

In einer Versammlung am 22. Mai 1890 wurde durch LANKAU offiziell verkündet, dass ab 1. Juli „wöchentlich 6mal ein Arbeiterzeitung in Magdeburg“ erscheinen werde. Drei Wochen später, am 11. Juni 1890, stellte Hans MÜLLER das Zeitungskonzept vor: die *Volksstimme* solle der Aufklärung dienen und „eine Stimme der unerschrockenen Demokratie“ sein. „Jedes Wort soll den Sozialismus voll und ganz vertreten und nach den Prinzipien der modernen Arbeiter-Partei Aufklärung verbreiten. (...) Das Volk soll den Glauben zu sich selbst gewinnen“, führte er in seiner Rede vor der Versammlung im Concordia-Theater aus und kündigte eine „freimütige, offene und sachliche“ Schreibweise an.<sup>80</sup>

Mitte Juni erschien die erste Probenummer der *Volksstimme*. Organ für das werktätige Volk von Magdeburg und Umgegend in einer Auflage von 50.000 Exemplaren. Die Gelder zur Anschubfinanzierung stammten aus dem Wahlkampfonds der Magdeburger Sozialdemokratie, in dem nach den vorangegangenen Reichstagswahlen noch einige Restmittel übrig geblieben waren. Der Verlag selbst gehörte zwar dem Geschäftsführer, Max BAETGE, alle erwirtschafteten Überschüsse wurden aber für die Förderung der *Volksstimme* selbst verwendet. Von Anfang an geriet sie ins Visier der Überwachungsbehörden. Bereits die Beilage der ersten regulären Ausgabe wurde aus einem nichtigen Grund beschlagnahmt – weil der Name des Verlegers und des verantwortlichen Redakteurs darin nicht gesondert verzeichnet waren.<sup>81</sup>

<sup>74</sup> Magdeburgische Zeitung Nr. 219, 2. Mai 1890

<sup>75</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 861 Bd. 1, Bl. 176ff

<sup>76</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 120 Bd. 4, Bl. 242

<sup>77</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 212

<sup>78</sup> Aufgrund der Tatsache, dass die Begründung des Lokalblattes hauptsächlich von oppositioneller Seite aus betrieben wurde, soll August BEBEL sich dagegen gewandt haben. (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 212)

<sup>79</sup> Müller 1892, S. 77. Dort berichtet er auch von einem „heimlichen Misstrauen“ gegen die Fraktion, das damals in der Arbeiterschaft verbreitet gewesen sein soll und ohne das er „niemals Redakteur in Magdeburg geworden“ wäre.

<sup>80</sup> Generalanzeiger Nr. 136 vom 13. Juni 1890

<sup>81</sup> Woesner 1957, S. 29. Wäre es allein nach dem Polizeipräsidenten KEBLER gegangen, wäre bereits die Probenummer verboten worden.

Aber auch im parteiinternen Streit ging es gleich zur Sache. In der *Volksstimme* wurden zahlreiche Artikel der beiden anderen von der Opposition dominierten Lokalzeitungen, der *Berliner Volks-Tribüne* und der *Sächsischen Arbeiterzeitung* – insbesondere zu parteiinternen Streitigkeiten – nachgedruckt. Als WILLES Artikel „Der 1. Oktober“<sup>82</sup>, in dem dieser die Parteileitung heftig angriff, in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* veröffentlicht wurde und eine Welle von Distanzierungen in den lokalen Parteiblättern hervorrief, war die *Volksstimme* die einzige sozialdemokratische Zeitung, die diesen nachdruckte und sich mit WILLE ausdrücklich solidarisierte. In seinem Artikel „Zur Klärung unserer Parteiverhältnisse“<sup>83</sup> verteidigte MÜLLER das „wackere Bruderorgan“ gegen den „verleumderischen Angriff“ von Seiten der „Parteifanatiker“, die der *Sächsischen Arbeiterzeitung* vorwarfen „unter sozialdemokratischer Flagge segelnd, Stoff zur Lächerlichmachung der Sozialdemokratie“ zu liefern. Im Anschluss an WILLE kritisierte auch er den vielerorts großgezogenen „Autoritätsglauben“ in der Partei, die „Disziplin um der Disziplin willen“. Eine „so gewaltige Kulturbewegung“ wie die Sozialdemokratie könne nur auf Basis von „selbstdenkenden, selbsttätigen Massen“ vorankommen. Die „Magdeburgische Arbeiterschaft“ jedenfalls fasse die Disziplin in der Partei, deren Notwendigkeit MÜLLER auch nicht abtritt, in „demokratischer Weise“ auf und folge der Partei nur, nachdem sie sich von einer „bestimmten Taktik“ überzeugt habe. Darin die Grundlage einer Spaltung zu sehen, verkenne „ganz und gar die Grundlagen unserer Partei“.

Anders als von WILLE und MÜLLER beabsichtigt, wurden diese Kritikpunkte an den Parteiverhältnissen von anderen Parteiblättern nicht diskutiert. Daraufhin warnte Müller seine Genossen in den Redaktionen der Parteiblätter, dass sie mit ihrem „völligen Schweigen“ der Annahme Vorschub leisteten, dass es innerhalb der Partei „schwere prinzipielle Konflikte“ gebe.<sup>84</sup> Zudem habe das *Berliner Volksblatt* in „unwürdigster Weise“ den Konflikt auf eine persönliche Schiene verlegt.<sup>85</sup> Den im Raum stehenden Vorwurf, die *Volksstimme* greife in unzulässiger Weise in einen Konflikt ein, wies MÜLLER zurück. Man kenne „Herren von der *Sächsischen Arbeiterzeitung*“ nicht persönlich, werde sich aber deswegen nicht davon abhalten lassen, diese gegen die Angriffe des *Berliner Volksblattes* und anderer Parteiorgane zu verteidigen. Rücksicht hingegen auf die bürgerliche Presse bzw. die „Durchschnittsansichten des ersten besten Spießbürgers“ zu nehmen, hieße „aufhören Sozialdemokraten zu sein“. Der „vollkommenen Korruption unserer Partei“ vorzubeugen, gebe es nur ein Mittel – eine „lebhaft, freimütige und sachliche Diskussion“, mit der allein der richtige Weg erkannt werden könne, „der uns am schnellsten und sichersten zum Ziele führt“.

Im weiteren fanden sich in der *Volksstimme* zahlreiche Artikel, in denen sich sehr kritisch mit dem Parlamentarismus auseinandergesetzt wurde. Dieser wurde als ein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie betrachtet und in Gegensatz zur Demokratie gestellt. Unter letzterer verstand man – d.h. als die „bis zur äußersten Konsequenz gehenden Demokraten“ – die „direkte Volksgesetzgebung“. Viele Artikel waren „von sozialistischen Zukunftsgedanken erfüllt“, die *Volksstimme* räumte den politischen Tagesfragen, noch dazu kommunaler Art, wenig Raum ein. Bereits in einer der ersten Ausgaben wurde der Parlamentarismus insgesamt für tot erklärt<sup>86</sup>, so dass

<sup>82</sup> In diesem Artikel (Sächsische Arbeiterzeitung Nr. 88 vom 23. Juli 1890) analysiert WILLE die Situation der Sozialdemokratie kurz vor dem Auslaufen des Sozialistengesetzes. Angesichts der Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie hofften bürgerliche Kreise auf eine Spaltung der Partei. WILLE jedoch verneinte das Bestehen *prinzipieller* Spaltungen und sah in den Differenzen, die nun in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden konnten, eine Stärke der Arbeiterpartei, da so die „Klärung der Köpfe beschleunigt“ werde. Anschließend betrachtete er die Wirkungen des Sozialistengesetzes auf die Parteiverhältnisse. Durch die erzwungene Illegalität der Partei haben sich „in den Händen einzelner Personen (...) gewisse Machtbefugnisse“ angesammelt, „persönlicher Ehrgeiz und private Interessen“ seien „zuweilen über Gebühr zur Geltung“ gelangt. Diese Entwicklungen wurden durch das „Spitzeltum und das dadurch gezüchtete Misstrauen“ verschärft und haben zu einer „Korruption“ innerhalb der Partei geführt. Auf der anderen Seite habe die Fraktion mit ihrer Überbetonung der Parlamentsarbeit die Arbeiterbewegung selbst vernachlässigt, was insofern aber gut war, weil die Arbeiter „hierdurch zur Selbständigkeit angeregt wurden“. Das habe sich in der Kampfschlossenheit der Arbeiter zum 1. Mai gezeigt, die aber durch die Fraktion wiederum ausgebremst worden sei. Sein Fazit lautete: „Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht bloß an Masse, sondern auch an Selbständigkeit und geistiger Reife derart zugenommen, dass sie von denjenigen Leuten, welche Einfluss darauf ausüben möchten, anders behandelt werden muss, als dies noch vor fünf Jahren geschehen konnte.“ Die Führer seien nun kaum mehr berechtigt „straffe Unterordnung“ zu verlangen. Diejenigen, die aus Gründen persönlicher „Herrschaft“ oder aber auch aus taktischen Gründen „politische Subordination“ verlangen, züchteten sich „einen Hofstaat schmeichelnder Streber heran, nicht aber freie, offene, mutige Männer, wie wir sie brauchen.“ Die Freiheit des Meinungs-austausches innerhalb der Partei dürfe auf keine Weise beeinträchtigt werden. Das gelte insbesondere auch für die Parteiblätter, deren Unabhängigkeit auch nach dem Parteikongress in Halle gewahrt bleiben müsse.

<sup>83</sup> Magdeburger Volksstimme Nr. 21 vom 24. Juli 1890. Von der Magdeburger *Volksstimme* sind anscheinend nur die Jahrgänge ab 1895 erhalten. Von den Ausgaben der ersten fünf Jahrgänge sind nur einzelne Ausgaben bzw. Zeitungsausschnitte in den Polizeiakten erhalten geblieben bzw. die Nachdrucke einzelner Artikel in anderen sozialdemokratischen Zeitungen.

<sup>84</sup> Magdeburger Volksstimme vom 30. Juli 1890

<sup>85</sup> Die *Volksstimme* druckte den „Angriff des Leipziger Korrespondenten im *Berliner Volksblatt*“ (es war Wilhelm LIEBKNECHT, wie sich später herausstellte) in vollem Wortlaut ab. Er deutete den WILLESchen – und weitere – Artikel in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* als einen persönlichen Angriff auf BEBEL, wodurch der „Polizei- und Reaktionspresse“ Material zum Vorankommen der Sozialdemokratie abträglichen „Sensationsnachrichten“ geliefert worden sei.

<sup>86</sup> Leitartikel „Der tote Parlamentarismus“ in der *Volksstimme* Nr. 3 vom 3. Juli 1890. Schuld am Niedergang des Parlamentarismus seien die „Herren Parlamentarier selbst“, die – nachdem es bei den letzten Wahlen endlich gelungen sei, der „Kar-

es kaum verwundert, dass z. B. den Kommunalwahlen in Buckau im Jahre 1890 kein sonderliches Interesse entgegengebracht wurde. Die Leser wurden lediglich aufgefordert, „bei der Wahl der Bourgeoisie zu zeigen, dass sie ganz andere Interessen verträten als diese.“<sup>87</sup>

Diese Auffassungen stießen bei den leitenden Genossen der Fraktion auf heftige Ablehnung und vor allem BEBEL versuchte mit allen Mitteln, dem Treiben der Opposition in der Partei Einhalt zu gebieten. Er erklärte öffentlich, dass durch WILLES Artikel in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* die Parteileitung im Allgemeinen und er persönlich beleidigt worden sei und kündigte eine „passende Antwort“ an.<sup>88</sup> Der Redaktion warf er vor, „durch fortgesetzte dunkle Anspielungen und Verdächtigungen Misstrauen und Zerwürfnisse in die Partei zu bringen“ – und bezichtigte sie einer „bubenhaften Kampfweise“.

In der unter der Kontrolle der Fraktion stehenden Presse – und das war die überwiegende Mehrzahl der Parteiblätter – wurde daraufhin eine regelrechte Kampagne inszeniert, in der die durchaus sachliche Kritik der „oppositionellen Literaten“ in persönliche Verleumdungen umgemünzt wurde. Die Parteileitung nahm systematisch die sich der Kontrolle durch die Partei entziehenden Blätter – namentlich die *Sächsische Arbeiterzeitung*, die *Magdeburger Volksstimme* und die *Berliner Volks-Tribüne* – ins Visier. BEBEL veröffentlichte am 7. August 1890 im *Berliner Volksblatt* einen Artikel,<sup>89</sup> in dem er der Kritik der Opposition jeglichen prinzipiellen Charakter abspricht und diese auf persönliche Beleidigungen reduziert – getrieben von „kleinlichem Neid, unbefriedigtem Ehrgeiz und einem guten Stück Demagogie“. Keine der Anschuldigungen sei bewiesen worden, noch werden konkreten Namen genannt, auf die sie sich beziehen. Und niemals habe sich die Parteileitung in die Angelegenheiten lokaler Parteiblätter eingemischt. Das ganze sei lediglich eine „systematische Hetze“ gegen Parteileitung und Fraktion, die von Berlin ausgehend auch in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* und der *Magdeburger Volksstimme* betrieben werde. Gerade die Äußerungen des Redakteurs der *Volksstimme*, Hans MÜLLER, der in einer drastischen Ausdrucksweise von „Krebsschäden“ und „eiternden Geschwüren“ am Leib der Partei gesprochen hatte, versetzten BEBEL in Wut. Er sprach ihm aufgrund seiner erst kurzen Parteizugehörigkeit und seinem Studentendasein das Recht ab, diejenigen zu kritisieren, die „schon zu einer Zeit im Vordertreffen der Partei gestanden, als er noch die ersten Höschchen trug“ und kündigte eine Abrechnung auf dem Parteitag in Halle an.

Diese sollte jedoch schon vorher erfolgen. In Berlin hatte der leitende Redakteur der „*Volks-Tribüne*“, SCHIPPEL, seinen bereits vollzogenen Rücktritt am 9. August 1890 offiziell erklärt und damit der Opposition einen empfindlichen Rückschlag versetzt. Die Redaktion der *Sächsischen Arbeiterzeitung* wurde am darauf folgenden Tag wegen ihrer „ungerechtfertigten Angriffe auf die Parteileitung“ in einer durch BEBEL selbst in einer öffentlichen Volksversammlung in Dresden eingebrachten – und von dieser mehrheitlich angenommenen – Resolution getadelt.

In Magdeburg wurde zuerst von der Redaktion der *Volksstimme* am 1. August 1890 eine öffentliche Versammlung in das Concordia-Theater einberufen,<sup>90</sup> wo sie sich öffentlich der Kritik stellte. MÜLLER legte in einer Erklärung den Standpunkt der Redaktion dar. Darin bekannte sich die Redaktion zum wiederholten Male als „Gegnerin des Autoritätsglaubens“ und kritisierte BEBEL und LIEBKNECHT, weil sie „von den Genossen Unterordnung verlangen“, was „Männer von selbständigen Überzeugungen“ beleidige. Das „Recht der freien Meinungsäußerung“ dürfe nicht angetastet werden, gerade „der Führer einer demokratischen Partei“ dürfe diesem „demokratischen Prinzip am wenigsten ins Gesicht schlagen“. Die Redaktion sei so in Konflikt mit BEBEL geraten, aber sie hätte gar nicht anders handeln können, sonst hätte sie ihre Überzeugungen verraten. Sie erklärte, dass sie „auch in Zukunft alle undemokratischen Bestrebungen in unserer Partei auf das Energischste bekämpfen“ werde, „gleichgültig, an welchen Namen sie sich knüpfen“. In der anschließenden Diskussion verteidigten zunächst einige führende Genossen (BREMER, NITSCHKE) die „alten Führer“, die Angriffe der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung* hingegen „schädigen die Arbeitersache“ und die *Volksstimme* sei zu „Schundliteratur herabgesunken“. Die Mehrzahl derjenigen, die sich an der mehrstündigen Diskussion beteiligten, unterstützte allerdings den Standpunkt der Redaktion und kritisierten lediglich die Form der Kritik, die stellenweise „die Grenzen des anständigen Kampfes weit überschritten“ habe. Es wurden schließlich zwei Resolutionen – eine die Haltung der *Volksstimme* befürwortende, eine tadelnde – eingebracht. MÜLLER und KAMPFFMEYER erklärten ausdrücklich, dass sie zurücktreten würden, wenn sich die Versammelten für den Antrag gegen die Redaktion entscheiden würden, BREMER hingegen warnte die Versammelten, dass wenn in dem Augenblick, in dem sie sich für die

---

tellwirtschaft“ der reaktionären Parteien ein Ende zu setzen – ihre Wahlversprechungen vergessen hätten, als sie der Militärvorlage (d.h. einer Verstärkung des Heeres um 18.000 Soldaten) aus Angst vor einem angeblichen „Staatsstreich“ zustimmten. Damit habe der „Militarismus (...) endgültig über den Parlamentarismus gesiegt“. Das sei insofern nicht schade, da dieser „in seinem ganzen Wesen (...) undemokratisch“ sei und nur „das Regiment einer Klasse und zwar der Bourgeoisie“ bedeute. Wichtig sei allerdings, dass die endgültige Beerdigung des Parlamentarismus durch die Arbeiterklasse selbst erfolge und nicht durch den Militarismus.

<sup>87</sup> Zitiert nach Kampffmeyer 1910, S. 45.

<sup>88</sup> Zitiert nach *Sächsische Arbeiter-Zeitung* Nr. 92 vom 1. August 1890. BEBEL befand sich zu dieser Zeit in Eisenach, wo er einen Urlaub verbrachte.

<sup>89</sup> „Die ‚Sächsische Arbeiterzeitung‘ und tutti quanti“, *Berliner Volksblatt* Nr. 181 vom 7. August 1890

<sup>90</sup> Der Versammlungsverlauf ist dokumentiert in: LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 336f sowie Hans Müller 1892, S. 82f.

Redaktion entscheiden würden, sie sich von der Partei lossagten. Die Abstimmung wurde schließlich auf eine spätere Versammlung, zu der BEBEL eingeladen werden sollte, vertagt. Bis dahin wurde der Redaktion von der Versammlung nahezu einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Die Fortsetzung erfolgte dann am 13. August 1890 vor etwa 3000 Zuhörern, die sich trotz des Termins an einem Wochentag im Schlossgarten eingefunden hatten.<sup>91</sup> Zuvor hatte es bereits eine „vertrauliche Zusammenkunft der einflussreicheren Genossen“ im Viktoria-Theatergarten gegeben, auf der „eine Reihe von Arbeitern“ BEBEL zu einigen Fragen zur Rede gestellt und sich zur *Volksstimme* bekannt hatten.<sup>92</sup> Er war also spätestens dadurch einigermaßen vorgewarnt, dass es in Magdeburg nicht so einfach werden sollte, wie zuvor in Dresden.<sup>93</sup> So war dann auch der Tenor der anderthalbstündigen Rede BEBELS deutlich versöhnlicher als der der in Dresden vorgetragenen. BEBEL erklärte, dass er die Vorwürfe WILLES gegen die Parteileitung auf sich persönlich bezogen habe und seine scharfe Erwiderung – die Floskel von der „bubenhaften Kampfweise“ – in der „ersten Erregung“ erfolgt sei. Er ging nochmals ausführlich auf die Verdienste der „alten Genossen“ für die Partei ein, und verwies darauf, dass MÜLLER der Partei erst seit kurzem angehöre – wofür dessen Kritik doch zu scharf sei. MÜLLER entgegnete ihm, dass die *Volksstimme* sehr wohl berechtigt war, in den Konflikt einzugreifen, da sie schließlich – auch von BEBEL selbst – angegriffen worden sei. Man habe aber niemanden persönlich attackiert, sondern auf die prinzipiellen Unterschiede in den Auffassungen, die in der Partei herrschten, hingewiesen. Es folgte eine lebhaft, lang andauernde Diskussion, in der etliche Redner für und gegen die Redaktion Stellung nahmen.<sup>94</sup> Als schließlich eine von BEBEL eingebrachte Resolution zur Abstimmung kam, wurde sie mit „überwiegender Majorität“ angenommen.<sup>95</sup> Dass es dennoch unterschiedliche Meinungen zum Thema der Versammlung gab, zeigte sich nicht nur in dem „lauten, demonstrativen Bravo“ für seinen Widersacher, MÜLLER, sondern auch in den 5 Resolutionen, die in der Versammlung eingebracht worden waren – deren Abstimmung sich allerdings mit der Annahme der Bebelschen Resolution erledigt hatte. Zwei Tage später legten die Redaktion der *Volksstimme* sowie der Geschäftsführer des Verlages, Max BAETGE, aus „Gründen sittlicher und prinzipieller Natur“ ihr Amt offiziell nieder.<sup>96</sup>

## Die Auseinandersetzungen um das Organisationsstatut und der Parteitag in Halle

Wenn auch MÜLLER selbst später einschätzte, dass damit „die Opposition in Magdeburg zu Boden geworfen“ gewesen sei,<sup>97</sup> so blieb sie in der Folge jedoch nicht untätig. Auch hatten zwar am 1. September 1890 „fraktionsfromme Journalisten“ die Redaktion der *Volksstimme* übernommen. Mit Fritz KÖSTER und Dr. LUX waren aber weiterhin Genossen in der Redaktion vertreten, die eher der Opposition zugeneigt waren. Zu diesen gesellte sich kurze Zeit später A. SCHULTZE, der nach dem Fortgang von MÜLLER und KAMPFFMEYER die wichtigste Führungsfigur der Magdeburger Opposition wurde und im Frühjahr 1891 der Berliner Kaufmann Albert AUERBACH.

Als am 9. August 1890 die Fraktion ihren Entwurf für ein Organisationsstatut im *Sozialdemokrat*<sup>98</sup> sowie weiteren Blättern veröffentlicht hatte, fand die Opposition neue Nahrung für ihre Kritik an Fraktion und Partei-

<sup>91</sup> Die Angaben über die Anzahl der Besucher variieren. Im polizeilichen Überwachungsbericht (LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 351f) ist von 2000 Personen die Rede, Hans MÜLLER (Müller 1892, S. 85ff) sprach von „mindestens“, der *Sozialdemokrat* (Nr. 34 vom 23. August 1890) von „circa“ 3000 Zuhörern, zudem hätten „viele Hunderte“ aufgrund Platzmangels nicht teilnehmen können. MÜLLER monierte zudem, dass das Publikum „nur zum kleinsten Teil zu den tätigen in der Bewegung stehenden Genossen“ zählte, ein gut Teil sei aus den umliegenden Dörfern „herbeigeeilt“ gewesen. Die Schilderung des Versammlungsverlaufes folgt den hier genannten drei Quellen.

<sup>92</sup> Müller 1892, S. 85f.

<sup>93</sup> In einem Brief an Wilhelm LIEBKNECHT vom 12. August 1890 merkte er an, dass „in Magdeburg (...) sich die Dinge weniger leicht abwickeln“ lassen werden, als in Dresden. (Bebel 1978, S. 364)

<sup>94</sup> Von Müller (Zürich 1892, S. 87) sowie im *Sozialdemokrat* Nr. 34 vom 23. August 1890 werden BRINGMANN, A. SCHULTZE, LAUBEN, KÖSTER als Fürsprecher der Redaktion und LANKAU als Gegner genannt.

<sup>95</sup> Im *Sozialdemokrat* wurde das Abstimmungsverhältnis mit 4/5 gegen 1/5 genannt, MÜLLER bezifferte es auf 2/3 gegen 1/3. Die Bebelsche Resolution lautete: „Die Versammlung erklärt: die Redaktion der *Volksstimme* hatte keine Veranlassung, sich in den persönlichen Streit, welchen der Genossen BEBEL mit der ‚Sächsischen Arbeiter-Zeitung‘ und Herrn Bruno WILLE führt, einzumischen, umso weniger, da bisher von keiner Seite nachgewiesen worden ist, dass die in dem Willeschen Artikel gegen die Partei-Leitung gerichteten Angriffe mit Grund erhoben wurden. Außerdem gehörten solche Anklagen nicht in die Presse, sondern auf den Parteitag. Die Versammlung verlangt deshalb, dass die Redaktion der *Volksstimme* die weitere Polemik in dieser Streitsache einstellt, es sei denn, dass sie provoziert wird.“ (Zitiert nach *Sozialdemokrat* Nr. 34 vom 23. August 1890)

<sup>96</sup> Vgl.: *Volksstimme* Nr. 40 vom 15. August 1890

<sup>97</sup> Müller 1892, S. 87f. Allerdings fügte er hinzu: „aber doch unter für BEBEL wenig erfreulichen Umständen. Nur ein Redner hatte für ihn, drei gegen ihn gesprochen! Wie ich vernahm, soll er damals selbst geäußert haben, er bedauere nach Magdeburg gekommen zu sein. Und in der Tat war die Opposition durch diese Versammlung eher gewachsen als vernichtet.“ BEBEL soll bereits vorher wegen der Differenzen „nicht gut auf Magdeburg zu sprechen“ gewesen sein. Vgl.: LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 212

<sup>98</sup> Der *Sozialdemokrat* Nr. 32 vom 9. August 1890

leitung. Auf zahlreichen Versammlungen im Spätsommer des Jahres 1890 wurden z. T. heftige Diskussionen um diesen Entwurf geführt – vor allem in Berlin, aber auch in Magdeburg.

Im Vorfeld des Parteitages fanden in Magdeburg einige Versammlungen statt, in denen der Organisationsentwurf behandelt wurde. Den Auftakt bildete eine Versammlung vor ca. 500 Zuhörern in der „Deutschen Fahne“ am 16. September 1890 mit dem Wortführer der Berliner Opposition, WERNER. In dem Entwurf werde, kritisierte dieser, die Fraktion zur Richtern in eigener Sache erhoben, die noch dazu die Gehälter des Parteivorstandes festsetzen soll. Er verwies auf das Statut von 1875, nach dem „ein besoldetes Mitglied kein Mandat habe annehmen dürfen“. Ebenso wandte er sich dagegen, die „dauerhafte materielle Unterstützung“ der Partei als Voraussetzung für die Mitgliedschaft zu machen. Damit könnten auch verdiente Genossen ausgeschlossen werden, nur weil sie etwa vorübergehend zahlungsunfähig geworden sind. Zudem warf er der Fraktion vor, Uneinigkeit in der Partei zu schüren, in dem einerseits dieselbe kein geschlossenes Bild abgebe und andererseits missliebige Genossen systematisch beleidigen würde. Ein weiterer Kritikpunkt war der Versuch der Fraktion, die vollständige Kontrolle über die lokalen Parteiblätter zu erlangen, um so jegliche Kritik an ihr selbst unterdrücken zu können. In einer Resolution schloss sich die Versammlung den Ausführungen des Redners an und hielt fest, dass „der Organisationsentwurf nicht den Anforderungen eines wahren Sozialdemokraten entspricht und beschließt zu dem in Halle stattfindenden Parteitag einen Mann zu entsenden, der vollständig auf sozialdemokratischen Boden steht.“<sup>99</sup> Am Tag darauf kam es dann zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den „Fraktionellen“ und „Radikalen“. Schon die Wahl des Versammlungs-„Bureaus“ war umkämpft, beide Seiten versuchten, dieses mit ihren Anhängern zu besetzen. WERNER, der auch in dieser Versammlung das Referat hielt, warf der Fraktion im allgemeinen und ihren hiesigen Anhängern – namentlich BREMER – im Besonderen Demagogie vor, da sie öffentlich „Press-, Versammlungs- und Redefreiheit von ihren Gegnern“ einforderten, diese Rechte aber ihren innerparteilichen Gegnern selbst vorenthielten. Als WERNER dann die Parteiführer der „Korruption“ ziele, kam es zu „stürmischen Unterbrechungen“ der Versammlung. Unter Berufung auf BEBEL behauptete er, dass höchstens 10% der sozialdemokratischen Wählerschaft auch von deren Ideen durchdrungen seien, wodurch nicht nur Aufklärung der Massen, sondern vor allem ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen auf die Agenda gehörten. Dies werde vom aktuellen Organisationsentwurf jedoch nicht befördert, dieser sie sogar weniger demokratisch, als das alte Statut von 1875. In der Diskussion kam es zu „heftigen Auseinandersetzungen“ zwischen den Anhängern beider Richtungen – so dass keine Resolution als Ergebnis der Versammlung verabschiedet werden konnte.<sup>100</sup>

In einer weiteren öffentlichen Diskussion des Organisationsstatuts – am 1. Oktober 1890 im Choreum zu Buckau – stand der Parlamentarismus im Mittelpunkt der Diskussion. Der erste Referent, der A. SCHULTZE, wandte sich gegen den Entwurf der Fraktion, da er „die Endziele nicht vollständig vertrete“ und „auf parlamentarischem Wege für die Sozialdemokratie nichts zu erreichen“ sei.<sup>101</sup> Ihm schlossen sich die beiden anderen Referenten, LANKAU und BAETGE inhaltlich an. Anschließend kam es zu einer ausführlichen Erörterung der einzelnen Punkte. Man einigte sich schließlich auf mehrere Änderungsanträge, die der noch zu wählende Magdeburger Delegierte dem Parteitag unterbreiten sollte und die alle im Sinne der Forderungen der Opposition waren. Sie richteten sich insbesondere gegen die Forderung nach dauernder materieller Unterstützung als Voraussetzung einer Parteimitgliedschaft und für mehr basisdemokratische Elemente (zeitliche Begrenzung von Mandatsträgerschaften, geringere Hürden zur Einberufung von außerordentlichen Parteikongressen, eine sich an der Stimmenzahl im Wahlkreis orientierende Anzahl von Parteitag delegierten im Wahlkreis ...).<sup>102</sup> Die Fortsetzung der Diskussion – es konnten aufgrund Zeitmangels nur etwa die Hälfte der Paragraphen des Statuts diskutiert werden – und die Wahl der Delegierten für den Parteitag in Halle wurde auf den 6. Oktober 1890 festgesetzt. Dieses Mal kam es zu deutlicheren Meinungsverschiedenheiten unter den Versammelten. Insbesondere der §14 des Entwurfs, wonach der Parteivorstand „die prinzipielle Haltung der Parteiorgane“ kontrollieren sollte, wurde lange diskutiert. Schließlich einigte man sich auf einen Vorschlag KÖSTERS, nach dem die örtlichen Parteigenossen über die Haltung ihrer jeweiligen Organe zu befinden hätten und der Parteivorstand lediglich in Absprache mit diesen ein Einspruchsrecht habe. Ähnlich kontrovers war die Diskussion darüber, wer das Recht habe, frei gewordene Ämter neu zu besetzen bzw. durch wen der Parteivorstand zu kontrollieren sei. Im Entwurf waren diese Aufgaben der Fraktion zugedacht, was nach Meinung eines Redners, EBERT, dazu führen würde, dass die Fraktion „die Partei regiere“. Hier entschieden sich die Versammelten schließlich dafür, der Fraktion zwar das Recht auf Besetzung von „Vakanzen“ im Parteivorstand, die Kontrolle des Vorstandes solle jedoch durch eine auf dem

<sup>99</sup> LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 366-370

<sup>100</sup> LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 372-375

<sup>101</sup> LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 2, Bl. 1ff.

<sup>102</sup> Konkret wurden folgende Änderungsanträge beschlossen: „1) In den §§1 und 2 das Wort „dauernd“ zu streichen; 2) im §4 die Worte „in der Regel“ zu streichen; 3) der Parteitag solle jedesmal den Ort des nächsten Parteitags bestimmen (§6); 4) in §7 an Stelle von „4 Wochen“ „8 Wochen“ zu setzen; 5) 5000 Wähler sollen einen Delegierten, 10.000 2 Delegierte und über 10.000 Wähler sollen 3 Delegierte zum Parteitage wählen können; 6) der Parteitag solle auch die Gehälter des Parteivorstandes festsetzen (§9); 7) nur die Unterschriften von 10.000 Genossen maßgebend sein zu lassen bei Einberufung eines außerordentlichen Parteitags (§10)“ (LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 2, Bl. 1)

Parteitag zu wählende Kontrollkommission erfolgen.<sup>103</sup> Auseinandersetzungen gab es auch bzgl. der Schaffung eines offiziellen Parteiorgans. Trotzdem die Mehrheit der Redner auf der Versammlung sich gegen die Schaffung eines solchen aussprach – KÖSTER brachte deren Meinung mit der Bemerkung „Offizielle und offiziöse Blätter führen zur Korruption.“ auf den Punkt – folgte die Versammlung BREMER, der sich im Sinne der Parteileitung für die Schaffung eines neuen offiziellen Blattes, dem *Vorwärts*, aussprach. Nachdem die Diskussion um den Charakter des von der Versammlung verliehenen Mandats für die Delegierten – „imperatives Mandat“ vs. „freie Überzeugung“ – zugunsten letzterem entschieden worden war, folgte die Wahl der Delegierten. Die Vertreter beider Parteiflügel stellten ihre Kandidaten<sup>104</sup> vor, jeder Anwesende konnte drei Namen auf einen Zettel schreiben, die drei am meisten genannten galten als gewählt. Die höchste Stimmenzahl konnten Klees (280), Bremer (241) und A. SCHULTZE (230) auf sich vereinigen. Damit waren zwei Vertreter der gemäßigten und einer der oppositionellen Richtung gewählt. Dieses für die Opposition ungünstige Ergebnis war jedoch dem Wahlverfahren geschuldet. Insgesamt entfielen auf deren Vertreter mit insgesamt 663 Stimmen deutlich mehr, als auf die Fraktionsanhänger (546) – ein Verhältnis, in dem laut Polizei „ungefähr die Stimmung der Sozialdemokraten des Wahlkreises zum Ausdruck“ kam.<sup>105</sup> Die „Lauheit“ der Wahlbeteiligung – es hatten nur 405 Parteigenossen ihre Stimme(n) abgegeben – führte sie auf die Spaltung der Partei in Magdeburg zurück, da viele unentschlossen gewesen seien, für die Vertreter welcher Richtung sie votieren sollten.<sup>106</sup>

Auf dem Parteitag – er dauerte vom 12. bis 18. Oktober 1890 – meldeten sich die Magdeburger Vertreter in der Statutendiskussion nicht zu Wort. Das war zumindest für die beiden Anhänger der Fraktion nicht weiter verwunderlich, waren diese doch infolge der Ablehnung eines imperativen Mandates durch die Versammlung nicht deren Beschlüsse, sondern ausschließlich ihrem Gewissen verpflichtet. Warum A. SCHULTZE als Vertreter der Opposition auch nicht die Änderungsanträge der Magdeburger Genossen einbrachte, darüber kann man nur spekulieren.<sup>107</sup> Sicher mag es eine Rolle gespielt haben, dass einige der Kritikpunkte von der mit dem Organisationsentwurf beauftragten Kommission auf dem Parteitag bereits berücksichtigt oder aber von Genossen anderer Orte bereits vorgebracht worden waren. SCHULTZE erklärte zwar dem Parteitag, dass die Magdeburger sich „ebenfalls der sogenannten Opposition angeschlossen haben“. Zu einer Begründung kam er jedoch nicht, da – so der Vorsitzende – gerade ein anderer Tagesordnungspunkt („Die Parteipresse“) behandelt würde. So konnte er nur kurz dem Wunsch der Magdeburger nach einer fairen Berichterstattung über die Meinungsverschiedenheiten in der Parteipresse Ausdruck verleihen, ehe ihm das Wort entzogen wurde.<sup>108</sup> Er unterstützte auch einen Antrag der Opposition, die Anschuldigungen gegen einige ihrer Vertreter, im Dienste der Polizei zu stehen, durch eine Kommission prüfen zu lassen und stimmte auch sonst für deren Anträge, die inhaltlichen Kritikpunkte seiner Auftraggeber brachte er jedoch nicht zur Sprache. Schließlich wurde der – leicht abgeänderte – Organisationsentwurf vom Parteitag en bloc ohne weitere Diskussion mit nur einer Gegenstimme angenommen.

Der Parteitag endete mit einem Rüffel für die Opposition, was auch in Magdeburg zu einer – wenn auch nur geringfügigen – Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der „Alten“ führte. Am 25. Oktober 1890 berichteten die Delegierten BREMER, KLEES und SCHULTZE vom Parteitag. Während BREMER die Partei „geint und geschlossen“ aus dem Parteitag hervorgegangen sah, kritisierte SCHULTZE die Ergebnisse der Beratungen. Er wandte sich gegen das Vertrauensvotum für die Parteileitung in Sachen des Maifeiertages, die Unterstützung von Kandidaten anderer Parteien, die Befürwortung des Parlamentarismus wie auch generell gegen die Schaffung eines Zentralorgans. Außerdem wies er auf die unterschiedlichen Auffassungen bzgl. der Gewerkschaftsorganisation hin. Schließlich verteidigte er die Haltung der Magdeburger Genossen während des Sozialistengesetzes ebenso wie den Berliner Oppositionsführer WERNER gegen die Angriffe der Parteileitung. Beide Delegierte sprachen sich jedoch dafür aus, dass die Partei von nun an geschlossen vorgehen solle. Der dritten Magdeburger Delegierte, Wilhelm KLEES, plädierte in versöhnlicher Weise für eine Einigung der beiden verfeindeten Fraktionen und forderte die „Jungen“ auf, den Sieg der „Alten“ anzuerkennen und „nicht die Alten zu verdrängen (zu) suchen.“ In einer Resolution erklärte sich schließlich die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages einerseits, wie auch mit den Ausführungen der beiden Berichterstatter, BREMER und SCHULTZE, einverstanden und gab dem Willen Ausdruck, künftig „mit allen Kräften für die Stärkung der sozialdemokratischen Partei (zu) wirken.“ Somit blieb die Haltung der Magdeburger Parteimitgliedschaft weiterhin zwiespältig. Einerseits wurden

<sup>103</sup> LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 2, Bl. 8ff.

<sup>104</sup> Es waren dies: 1) für die Gemäßigten: KLEES, BREMER, LANKAU, Robert SCHULTZE; 2) für die Opposition: Adolph SCHULTZE, BAETGE, KOHLMANN, EBERT, WEBER, KRÄBER und BRINGMANN. (LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 2, Bl. 8ff)

<sup>105</sup> Als in einem Brief an die *Volksstimme* sich ein Leser beschwert hatte, dass diese in ihrem Bericht von der Delegiertenwahl die Stimmenverhältnisse für die beiden Parteiflügel nicht beziffert habe, gab sie folgende Stimmverteilung an: „für die Kandidaten der Opposition 608, für die der Fraktion 588 Stimmen, 47 zersplitterte“ – letztere jedoch mehrheitlich für die Opposition. (Volksstimme vom 9. Oktober 1890, in: LHASA, MD, Rep. C29, IVo Nr. 15 Bd. 1, Bl. 100)

<sup>106</sup> LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 2, Bl. 8ff

<sup>107</sup> Das wurde den Magdeburger Delegierten später bei der Berichterstattung auch von einigen Genossen vorgeworfen und Gegenstand heftiger Diskussionen. Vgl.: LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 26-35. Dort ist allerdings nichts zu den Erklärungen der Delegierten dazu vermerkt.

<sup>108</sup> Protokoll 1890, S. 235

die offiziellen Beschlüsse anerkennt, gleichzeitig aber auch die Kritik der Opposition an denselben. Das kam letztlich auch bei der Wahl des Vertrauensmannes zum Ausdruck, bei der mit SCHULTZE ein Vertreter des radikalen Flügels gewählt wurde, zu seinem Stellvertreter jedoch mit LANKAU ein Anhänger der Fraktion.<sup>109</sup>

Unmittelbar danach ging man an die Reorganisation der örtlichen Partei nach den Vorgaben des neuen Statuts. Damit werde in erster Linie – so die Überwachungsbehörden – die „Ausbildung der sogenannten Indifferenten und Durchbildung der Gesamtheit auf der Grundlage des sozialdemokratischen Partei-Programms“ bezweckt und „ein einseitiges und programmwidriges Vorgehen“ von Parteioorganisationen verhindert. Im Übrigen versuche die hiesige Parteileitung „die Bedeutung der Agitation als möglichst harmlos hinzustellen“, um so „die Wachsamkeit der Behörden einzuschläfern und die bürgerliche Gesellschaft in der Abwehr der sozialdemokratischen Bestrebungen träge zu machen“. Die wahre Gesinnung der hiesigen Parteigenossen zeige sich jedoch darin, dass Ausfälle wie „wenn wir erst das Heft in den Händen haben, wird der Kapitalherrschaft schon ein Ende gemacht werden“ stets mit lautem Beifall der Versammelten begrüßt werden.<sup>110</sup>

Die Magdeburger Sozialdemokratie entfaltete in der Folge einige Aktivitäten. Zwischen den beiden rivalisierenden Parteiflügeln herrschte anscheinend eine Art Waffenstillstand, man versuchte gemeinsam, die Organisation zu festigen und auf die umliegenden Dörfer auszudehnen. Im Dezember 1890 fand eine vielbeachtete „kommunistische Weihnachtsfeier“ in Magdeburg statt, am 18. März 1891 ausgiebige Festlichkeiten und zu Ostern tagte hier der *Bezirksverein für Magdeburg und Anhalt*, wobei sich 104 Delegierte versammelten, die 560 Ortsvereine vertraten. Hauptthema war die Intensivierung der Landagitation, wozu Kommissionen in den drei großen Städten der Provinz Sachsen (Magdeburg, Halle, Dessau) gebildet wurden und mit der *Landpost* eigens ein Organ für die Bedürfnisse der Landbevölkerung ins Leben gerufen wurde. Die Leitung der Magdeburger Kommission übernahm der ehemalige Redakteur der *Volksstimme*, Paul KAMPFFMEYER. Zudem wurden Vorbereitungen getroffen, ein eigenes Versammlungslokal zu erwerben und dafür Gelder gesammelt. Der 1. Mai hingegen wurde wie schon im Vorjahr mit Festlichkeiten, diesmal jedoch am darauffolgenden Sonntag – und damit ohne Arbeitsniederlegungen – gefeiert.

Im Frühjahr 1891 ist auf Betreiben der lokalen Opposition auch der Berliner Kaufmann und Schriftsteller Albert AUERBACH zum Geschäftsführer der *Volksstimme* berufen worden. Gemeinsam mit Paul KAMPFFMEYER und dem Vertrauensmann A. SCHULTZE – er war zugleich Expedient der *Volksstimme* – lenkte er den amtierenden verantwortlichen Redakteur Dr. LUX, der bis dato sich zwischen den beiden Seiten nicht hatte entscheiden können, und die Zeitung wieder in eine radikalere Richtung<sup>111</sup> – nachdem der Lokalteil unter der Redaktion von KÖSTER ohne die ganze Zeit „entschieden radikal“ gewesen ist.<sup>112</sup>

Der am 17. Juni 1891 gegründete *Allgemeine Arbeiterverein für Magdeburg und Umgegend*, eine Reaktion auf das Verbot der Arbeitervereine für die einzelnen Stadtteile am 7. Mai 1891, wurde dann ebenfalls von der lokalen Opposition dominiert.

## Der Wiederaufschwung der „Jungen“

Wie in Berlin und anderen Städten führten die sogenannten „Eldoradoreden“ VOLLMARS im Frühsommer 1891 auch in der Elbestadt zu einer neuen Welle der Empörung in der Partei. Am 7. Juli 1891 trat der *Allgemeine Arbeiterverein* zu seiner ersten ordentlichen Sitzung zusammen.<sup>113</sup> Auf der Tagesordnung stand zunächst nur die Wahl des Vereinsvorstandes sowie die Diskussion der „nächstliegenden Aufgaben“. Als diese Punkte abgearbeitet waren – es wurden vor allem die Gründung von Diskutierklubs zur Arbeiterbildung und die einer Gewerkschaftskommission ins Auge gefasst – brachte der Chefredakteur der *Volksstimme*, Dr. LUX, eine von 60 Magdeburger Sozialdemokraten unterzeichnete Resolution ein, in der „für vollständig freien Meinungs-austausch innerhalb der sozialdemokratischen Partei“ plädiert und die Solidarität mit den Berliner Schuhmachern und ihrer Kritik an den Äußerungen VOLLMARS erklärt wurde. Außerdem wandten sie sich gegen eine Äußerung BEBELS auf einer Berliner Versammlung 4 Tage zuvor, in der den „oppositionellen Elementen“ nahe gelegt worden war, „eine neue Partei zu gründen“ und gaben der Meinung Ausdruck, „dass in der sozialdemokratischen Partei alle Schattierungen des um seine Befreiung ringenden Proletariats vertreten sein müssen.“<sup>114</sup> LUX wies die Ver-

<sup>109</sup> SCHULTZE wurde laut dem Bericht der *Magdeburgischen Zeitung* vom 28. Oktober 1890 mit „zweifelhafter Mehrheit“ und LANKAU als Vertreter der Fraktionellen mit „überwiegender Mehrheit“ gewählt. Damit hatte die Opposition zwar ihre führende Stellung behauptet, das Kräfteverhältnis sich jedoch – nicht zuletzt in Widerspiegelung der Ergebnisse des Parteitages – zugunsten der „Alten“ verschoben. (LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2, Bl. 21-22)

<sup>110</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 26-35. Dass der Einfluss der Opposition immer noch nicht gebrochen war, zeigte sich auch in der Tatsache, dass das neue Zentralorgan in Magdeburg nur wenige Abonnenten gefunden hatte.

<sup>111</sup> Vgl. Müller 1892, S. 109 und LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 26-35

<sup>112</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 116-129

<sup>113</sup> Die Schilderung der Vorgänge auf den beiden Versammlungen basiert auf den polizeilichen Überwachungsberichten sowie den Berichten der *Volksstimme*, enthalten in: LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 15, Bd.1, Bl. 64-82 (Versammlung am 7.7.1891) sowie LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2a, Bl. 28-40 (Versammlung am 13.7.1891)

<sup>114</sup> Der vollständige Wortlaut der Resolution lautet: „Die Versammlung des Allgemeinen Arbeitervereins zu Magdeburg, fußend auf den Grundsätzen der Demokratie und Gleichberechtigung, erklärt sich für vollständig freien Meinungs-austausch innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Aus diesem Grunde verurteilt die Versammlung das fast einmütige Vorgehen der

sammelten ausdrücklich auf die „weitgehende und tief einschneidende Bedeutung“ der Resolution hin. In seinen Erläuterungen wies er die Behauptung BEBELS, dass die VOLLMARSCHER Rede von „allen Parteigenossen einstimmig verurteilt worden“ sei, zurück. Im Gegenteil, es seien die französischen Genossen gewesen, die in der Zeitung *La Bataille* eine scharfe Kritik an den reformistischen und nationalistischen Tendenzen in VOLLMARS Rede brachten. In Deutschland habe lediglich die Magdeburger *Volksstimme* mit einer Kritik reagiert, alle anderen Parteizeitungen hätten sich in Schweigen gehüllt. Für die von VOLLMAR geforderte, auf das „enge Geleit der Gesetzlichkeit“ beschränkte Taktik gebe es in Deutschland auch nach Ende des Sozialistengesetzes keinen Raum. Darum erscheine die „gesetzmäßige Aktion zum Wenigsten als Nonsens, wenn nicht als Verzichtleistung auf ihre Tätigkeit“. Schließlich stünde auch „der größte Teil der Programm-Punkte [der sozialdemokratischen Partei] in formellem Widerspruch mit den deutschen Reichsgesetzen“. VOLLMAR habe zudem gegen das „Prinzip der Internationalität verstoßen, welches die wesentliche Voraussetzung für den sozialistischen Gedanken“ sei.<sup>115</sup> Erst als in Berlin die Schuhmacher reagierten und in einer Versammlung eine Resolution verabschiedeten, in der die Äußerungen VOLLMARS für „unsozialistisch“ erklärt und ihm das Recht abgesprochen wurde, „ferner die Interessen des Proletariats zu vertreten“<sup>116</sup>, reagierte die Parteileitung. Allerdings wandte sie sich vor allem gegen die Vorgehensweise der Schuhmacher, die kein Recht gehabt hätten, sich in die Angelegenheiten der Berliner Parteigenossen einzumischen. Schließlich hätten die Hamburger Genossen dies zum Anlass genommen, um zum Sturm gegen die Opposition der „Jungen“ zu blasen. Das sei vollkommen ungerechtfertigt, da gerade die „Jungen“ bewiesen hätten, dass ihnen „der Begriff der Demokratie mehr als eine bloße Phrase ist“, indem sie trotz aller Differenzen sich den Beschlüssen des Halleschen Parteitages gebeugt und „keinen Augenblick gezögert“ hätten, „weiter zu kämpfen, getreu dem Prinzip der Demokratie, welches die Unterwerfung unter die Majorität verlangt“. Und letztlich habe „BEBEL selbst (...) mit seiner Verurteilung VOLLMARS faktisch den Berliner Genossen Recht gegeben.“

Darauf entspann sich eine längere und heftige Debatte. KLEES jr. wandte sich gegen die Resolution, da die Schuhmacher tatsächlich kein Recht gehabt hätten, sich in Parteiangelegenheiten einzumischen. Außerdem warf er den Unterzeichnern der Resolution vor, die Versammlung manipulieren zu wollen. LUX verwahrte sich gegen den Vorwurf, zudem wollte er nicht der Entscheidung des Parteitages zu VOLLMARS Äußerungen vorgehen, er habe lediglich dem Arbeiterverein ins Gedächtnis rufen wollen, dass „wir eine internationale Bewegung sind und die heiligste Pflicht haben, das Recht der freien Meinungsäußerung zu wahren.“ Der Versammlungsleiter A. SCHULTZE versuchte zu vermitteln, und appellierte an die Versammelten „ruhig und sachlich zu bleiben.“ Zudem sei die „Partei (...) so frei und offen, deshalb können wir unseren Protest auch ausdrücken.“ Dem schlossen sich weitere Redner (AUERBACH, KÖSTER) an und kritisierten den „gehässigen Ton“, den KLEES in die Versammlung habe tragen wollen. Schließlich wurde die Abstimmung über die Resolution auf eine spätere Versammlung vertagt.

Diese fand dann am 13. Juli 1891 vor 3000 „vom sozialdemokratischen Geiste durchdrungene[n] Personen“ in der ausverkauften „Flora“ statt.<sup>117</sup> Viele waren bereits lange vor Beginn am Versammlungsort eingetroffen, zwischen den anwesenden Gruppen wurden schon vorher zum Teil „scharfe Auseinandersetzungen“ geführt, die während der Versammlung noch eskalieren sollten. Nachdem der Vertrauensmann, A. SCHULTZE, einen Rechenschaftsbericht über die Repression gegen die Magdeburger Parteiorganisation seit dem Ende des Sozialistengesetzes gehalten hatte, entspann sich eine erregte Diskussion um das Für und Wider der in der Woche zuvor von LUX eingebrachten Resolution zur Unterstützung der Berliner Schuhmacher. LUX selbst änderte die Resolution – nachdem BEBEL in einer weiteren Versammlung seiner Ausschlussdrohung gegenüber der Opposition die Schärfe genommen hatte – insofern ab, als dass er den zweiten Absatz, in dem man sich gegen die Bebel'sche Drohung verwahrte, dahingehend abänderte, dass man „es bedauern (würde), wenn die ‚oppositionellen Elemente‘ eine

---

sozialistischen Presse Parteigenossen gegenüber, die zuerst, durchdrungen von der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen in allen Ländern, die öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik auf die persönlichen Ansichten des Genossen Vollmar lenkten und dadurch vielfach mit dem beleidigenden Ausdruck ‚Clique‘ und ‚Krakeeler‘ belegt wurden.

Ferner bedauert die Versammlung den Ausspruch des Genossen BEBEL, dass die oppositionellen Elemente auf dem nächsten Parteitage gezwungen werden sollen, eine neue Partei zu gründen; sie ist vielmehr der Meinung, dass in der sozialdemokratischen Partei alle Schattierungen des um seine Befreiung ringenden Proletariats vertreten sein müssen.“ (LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 15, Bd. I)

<sup>115</sup> LUX stellte seine Kritik unter den Vorbehalt, dass VOLLMAR sich tatsächlich so geäußert habe, wie ihm in der Kritik der Franzosen unterstellt worden war: „Dieser Ausdruck des Chauvinismus setzt uns so sehr in Erstaunen, dass wir nicht eher daran glauben können, ehe wir nicht weitere Informationen eingezogen haben.“ Offensichtlich war der Originaltext der Eldorado-Rede VOLLMARS noch nicht bzw. nicht vollständig bekannt. (LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 15, Bd. I, Bl. 77)

<sup>116</sup> Müller 1975, S. 83

<sup>117</sup> Die Beteiligung von 3000 Magdeburger Arbeitern zeugt von dem großen Interesse an der Thematik und kann durchaus als ein Indiz für die Verankerung der Opposition in der Magdeburger Arbeiterschaft gewertet werden. Zwar gab es zu jener Zeit einige Versammlungen mit bis zu 5000 Teilnehmern, allerdings warteten die alle mit einem prominenten auswärtigen Redner auf. Die Teilnehmerschaft an Versammlungen ohne auswärtige Prominenz bewegte sich fast immer im dreistelligen Bereich.

neue Partei gründen würden.“<sup>118</sup> In der folgenden Rede verwies er noch einmal auf die eigentliche Selbstverständlichkeit des Rechtes der freien Meinungsäußerung in der Partei, betonte aber auch, dass gerade das Verhalten des „*Hamburger Echos*“ sowie zahlreicher weiterer Parteiblätter dieses Recht zu untergraben geeignet sei. Er distanzierte sich zwar von der „Art und Weise, wie die Opposition operierte“, unterstellte ihr jedoch nur lauterste Absichten, wenn sie versuche, die „Prinzipien der Sozialdemokratie von aller opportunistischen Taktik rein zu erhalten.“ Er verwies darauf, dass die Differenzen innerhalb der Partei vor allem taktische Fragen beträfen, aber selbst kleinere theoretische Differenzen, wie die unterschiedliche Auffassung zum Wertgesetz, könnten kein Grund sein, eine Parteispaltung herbeizuführen. Solch unterschiedliche Auffassungen müssen in der Partei Platz haben, wichtig sei es vor allem, nach außen Einigkeit und Geschlossenheit zu zeigen.

Als in der anschließenden Diskussion BREMER das Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Berliner Schuhmacher rechtfertigte und der Opposition um WERNER vorwarf, „bei jeder Gelegenheit zu nörgeln“ und den Parteiführern „ein Bein zu stellen“ sowie zu allgemeiner Besonnenheit aufrief, wurde er „wiederholt niedergeschrien und (...) verlacht“. Unterstützt wurde BREMER hingegen durch die beiden Buckauer Genossen ELLGUTH und KLEES, die zwei Resolutionen einbrachten, in denen vorgeschlagen wurde, die Beurteilung der Äußerungen VOLLMARS dem Parteitag zu überlassen.

Anschließend plädierten noch AUERBACH und SCHULTZE in längerer Rede für die Annahme der Resolution der Redaktion der *Volksstimme* und der Versammlungsleiter LANKAU, der eher der gemäßigten Richtung zuneigte, wies die Vorwürfe der Manipulation durch die Einbringer der Resolution zurück. Folgt man dem Bericht des überwachenden Beamten, brachte die Mehrheit der Versammelten durch ihre „Kundgebungen für die Revolution“, durch „allgemeine Bemerkungen und Zurufe“, „stürmischen Applaus“ und ihre Buhrufe während der Reden der Vertreter des gemäßigten Flügels „äußerst krass und auffallend“ ihre Sympathie für die Opposition zum Ausdruck. Als das Abstimmungsergebnis zugunsten der Resolution („mit überwiegender Mehrheit“) bekannt gegeben wurde, kam es zu erregten Auseinandersetzungen, als KLEES gegen die Hurra-Rufe der Oppositionellen protestierte. Es entstand „ein allgemeiner Tumult“ und als der überwachende Polizeikommissar die Versammlung angesichts des nach seiner Meinung drohenden Ausbruchs von Tätlichkeiten auflösen wollte, kam ihm der Versammlungsleiter zuvor.

## Die erneute Spaltung der Partei

Die Annahme der Resolution in der Versammlung vom 14. Juli 1891 hatte ein Nachspiel. Eine Woche später versammelten sich auf Initiative von KLEES sr. die Buckauer Genossen in einer separaten Versammlung im Buckauer Chorum und berieten über die Frage „Wie stellen sich die Buckauer Genossen zu der jetzt in Magdeburg herrschenden Taktik?“. Gleich zu Beginn der Versammlung protestierte der Magdeburger Genosse LANKAU gegen die eigenmächtige Einberufung einer separaten Versammlung für Buckau. Das sei einzig und allein Sache des Magdeburger Vertrauensmannes – etwaige Beschlüsse der Versammlung seien von vornherein nichtig. KLEES, führender Vertreter der gemäßigten Richtung und Stadtverordneter in Buckau sowie auch Versammlungsleiter, behauptete, mit der Einberufung nichts zu tun zu haben, er habe sich nur den Forderungen von Buckauer Genossen gebeugt. Er hielt dann einen Vortrag über die Vorgänge, die zu dieser Versammlung geführt hatten. Nach der Annahme der Resolution in der Flora-Versammlung (vom 14. Juli) sei es notwendig geworden, zu klären, auf welche Seite man sich stellen wolle: auf die der Beschlüsse des Parteitages oder die der „extremen Elemente“ (also der Unterstützer der Resolution). Er sprach der Flora-Versammlung das Recht ab, über die Äußerungen VOLLMARS zu urteilen – einen entsprechenden Antrag zur Geschäftsordnung habe der dortige Versammlungsleiter, LANKAU, versäumt zu berücksichtigen. Viele Arbeiter hätten das falsche Verhalten nicht verstanden, es sei daher wichtig, sie aufzuklären und zu schulen. Zudem sei man in Buckau schon immer mit „zweifelhaften Elementen“ und „Anarchisten“ fertig geworden. Genauso wie BEBEL nicht gezwungen werden konnte, sich der Resolution der Berliner Feenpalast-Versammlung zu beugen, können auch die Buckauer nicht genötigt werden, sich der falschen Taktik der Magdeburger Parteiorganisation unterzuordnen.

Dem stellten sich mehrere – wohl nicht zufällig – anwesende Magdeburger Genossen entgegen. BRINGMANN sah in dem Streit zwischen Buckauern und Magdeburgern lediglich einen Streit um Personen<sup>119</sup>, LUX brachte

<sup>118</sup> Sie lautete nun: „Die Parteigenossen Magdeburgs, fußend auf dem Prinzip der Demokratie, erklären sich für vollständig freie Meinungsäußerung innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Aus diesem Grunde verurteilt die Versammlung das fast einmütige Vorgehen der sozialistischen Presse Parteigenossen gegenüber die zuerst, durchdrungen von der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen in allen Ländern die öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik auf die persönlichen Ansichten des Genossen Vollmar lenken und dadurch vielfach mit den beleidigenden Ausdrücken ‚Clique‘ und ‚Krakeeler‘ belegt wurden. Ferner würde die Versammlung es bedauern, wenn die ‚oppositionellen Elemente‘ eine neue Partei gründen würden, da sie vielmehr der Ansicht ist, dass in der sozialdemokratischen Partei alle Schattierungen des um seine Befreiung ringenden Proletariats, soweit sie sich zu sozialdemokratischen Grundsätzen bekennen, vertreten sein können.“ (LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2a, Bl. 28-40)

<sup>119</sup> In der Folgeversammlung warf er KLEES diktatorische Gelüste und Missbrauch seines Amtes als Stadtverordneter im Kampf gegen die Magdeburger Parteileitung vor.

schließlich eine Resolution ein, nach der die Versammlung unrechtmäßig einberufen worden und sie geeignet sei, „eine Spaltung unter den hiesigen Sozialdemokraten herbeizuführen“.

Der Buckauer ELLGUTH führt dagegen an, dass der Magdeburger Vertrauensmann die Wünsche der Buckauer nach Einberufung einer derartigen Versammlung nicht Folge geleistet habe, man daher selbst aktiv werden musste. Zudem beschwerte er sich, dass bereits seit längerer Zeit die von Buckau abgeführten Gelder nicht rechtmäßig verwendet würden. KLEES ergänzte die Anklagereihe um eine gegen die *Volksstimme*, die immer wieder die Meinung der Buckauer Minderheit unterdrücke und deren Schreibweise „eher dazu angetan sei, die Partei zu schädigen als zu fördern.“<sup>120</sup> Ein anderer beschwerte sich darüber, dass die Buckauer von den Magdeburgern als „Stimmvieh“ des „Diktators KLEES“ bezeichnet würden. Schließlich wurde nach längerer Debatte die Abstimmung von LUX' Resolution vertagt.

Die Fortsetzung erfolgte dann am 28. Juli 1891 an gleicher Stelle. Nahezu 800 Personen hatten sich versammelt, um dem zu erwartenden Schlagabtausch zwischen den Buckauer und Magdeburger Parteigenossen beizuwohnen. Gleich zu Beginn der Veranstaltung entstand großer Tumult, als der Antrag gestellt wurde, nur Buckauer Genossen für die Abstimmung der Resolutionen zuzulassen. Schließlich einigte man sich auf den Vorschlag BREMERS, dass für die aktuelle Versammlung eine Ausnahme gemacht werden solle.

In der anschließenden Debatte verurteilte BRINGMANN die Vorgehensweise der Buckauer und schlug vor, die Berliner Genossen nach Buckau einzuladen, um sich über deren Anschauungen aus erster Hand zu informieren. Als er dann ELLGUTH vorwarf, dass er – nur um Strafmandate zu vermeiden – die Partei auf eine gemäßigten Weg zu bringen versuche und sich anschließend in persönlichen Beleidigungen erging, kam es erneut zu Tumulten. Erst nach einer vom Versammlungsleiter verfügten 10minütigen Pause konnte die Versammlung fortgesetzt werden. BRINGMANN warf den Buckauern nun vor, SCHULTZE und KÖSTER aus der Redaktion der *Volksstimme* drängen zu wollen und die Tätigkeit des *Allgemeinen Arbeitervereins für Magdeburg* (dem sich die Buckauer als einzige nicht angeschlossen hatten) zu sabotieren.

ELLGUTH konterte mit der Behauptung, dass die Magdeburger sie ins anarchistische Fahrwasser führen wollten, wenn sie dafür plädierten, dass solcherart Tendenzen innerhalb der Partei toleriert werden müssten. Er räumte ein, dass die Berliner Opposition über einigen Anhang verfüge, was aber zu Lasten des Einflusses der Partei unter den Massen gehe. Dabei wollten die Buckauer nicht mitspielen. KLEES bekräftigte ELLGUTHS Ausführungen und forderte Minoritätenrechte für die Buckauer ein. Schließlich drohte er mit Rücktritt als Stadtverordneter, wenn sich die Versammlung für die Magdeburger Taktik entscheiden würde.

Als es schließlich zur Abstimmung kam, hatte die Mehrzahl der Magdeburger die Versammlung bereits verlassen. Es wurde schließlich eine die Haltung der *Volksstimme* verurteilende Resolution angenommen und mit Albert VATER ein eigener Vertrauensmann für Buckau gewählt. Damit war die erneute Spaltung vollzogen.

Wiederum eine Woche später, am 5. August 1891, berieten nun die Magdeburger Genossen in Friedrichs Konzert- und Ballhaus, wie sie sich zum Vorgehen der Buckauer positionieren sollen. Eingangs erklärte der Buckauer NITSCHKE im Auftrag eines Teils seiner Genossen, dass auch sie nicht mit dem Verhalten der „Fraktion KLEES“ einverstanden sei. Die meisten Redner bekräftigten anschließend, dass es keine prinzipiellen Differenzen zwischen den Buckauern und Magdeburgern gebe und lediglich der Führungsanspruch von KLEES und GÄRTNER, welche „die Leitung übernommen hätten, um ihren eigenen Nutzen daraus zu ziehen“ – und das, obwohl beide sich schon „verschiedentlich Pflichtwidrigkeiten haben zu Schulden kommen lassen“. Auch BREMER – „materiell zwar der selben Meinung wie die Buckauer“ – schloss sich diesen Vorwürfen an und schlug vor, „man solle doch die Buckauer Genossen einstweilen ruhig ihren Weg gehen lassen, sie würden mit der Zeit schon ihr Unrecht einsehen und sich den Magdeburger Sozialdemokraten wieder anschließen“. In einer Resolution wurde schließlich das Verhalten der Buckauer Genossen bedauert und sich gegen den Vorwurf anarchistischer Umtriebe verwahrt, die Haltung der *Volksstimme* gebilligt und bekräftigt, dass man den Buckauer Vertrauensmann nicht anerkennen werde.

## Programmdiskussion

Einen weiteren Anlass, die Differenzen zwischen radikalem und gemäßigtem Flügel auszutragen, bot die Diskussion um das Programm der Sozialdemokratischen Partei. Die Veröffentlichung der Marxschen Kritik des – immer noch gültigen – Gothaer Programms von 1875 im Zentralorgan *Vorwärts* Anfang Februar 1891 nahm die nationalliberale *Magdeburgische Zeitung* zum Anlass, „sozialdemokratische Programmfragen“ in einer Artikelserie zu diskutieren.<sup>121</sup> In der Magdeburger Parteiorganisation scheint die Marxsche Kritik jedoch wenig beach-

<sup>120</sup> Insbesondere wurde die Veröffentlichung von Büchners Drama „Dantons Tod“ in der *Volksstimme* kritisiert, welches den Ansichten der Genossen Hohn spreche und auch die Agitation auf dem Lande unmöglich mache. (In dem Drama thematisiert Büchner, dass die meisten Akteure in der französischen Revolution – entgegen den ursprünglichen Absichten der Revolutionäre – letztlich eine passive Rolle zu spielen gezwungen waren.)

<sup>121</sup> Zwischen dem 7. und 27. Februar 1891 erschienen insgesamt sieben Artikel, die sich mit dem Programm der Sozialdemokratie und der Marxschen Kritik daran beschäftigten. Vgl. dazu: Mader 1968, S. 96ff

tet worden zu sein,<sup>122</sup> wenn auch im Frühjahr der neugegründete *Arbeiterbildungsverein Marx* sich mit Programmfragen beschäftigte.<sup>123</sup> Der eigentliche Startschuss zur Programmdiskussion wurde jedoch erst am 3. August 1891 gegeben, als der Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, R. FISCHER, vor ca. 300 Zuhörern – vermutlich mehrheitlich Anhänger der Fraktion – im Buckauer Choreum den Vorschlag der Parteileitung vorstellte. Für die Opposition nahm deren Berliner Wortführer, Wilhelm WERNER, in zwei Veranstaltungen<sup>124</sup> unter dem Titel „Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie“ zum offiziellen Entwurf Stellung. Er verneinte zunächst die Existenz von grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei, es gebe lediglich Pessimisten, die eine Reform unter den gegenwärtigen korrupten Zuständen für unmöglich halten und Optimisten, die auf eine gütliche Einigung mit den Herrschenden hofften. Auch wenn sich die Opposition nach der auf dem Parteitag in Halle beschlossenen Taktik richte, dürfe man ihr nicht das Wort verbieten, sonst habe sie niemals die Chance, selbst Majorität zu werden. Es gebe immer wieder Ereignisse, wie seinerzeit die Dampfersubvention, die ein neues Licht auf bestimmte Einstellungen würfen.

Anschließend erläuterte er die Positionen der Opposition. Ausgehend von einer immer schärfer werdenden Zuspitzung der Widersprüche zwischen Kapital und Arbeitern und der damit verbundenen verschärften Armut, mache es wenig Sinn, über sozialpolitische Reformprogramme Verbesserungen erzielen zu wollen. Sozialpolitik betreibe heute faktisch jede Partei, allein zu wirklichen Verbesserungen der Lage der Arbeiter komme es dadurch nicht. Um sich von den bürgerlichen Parteien zu unterscheiden, sei es notwendig, die Endziele in den Vordergrund zu stellen – und nicht, wie es VOLLMAR getan habe, den Schwerpunkt auf die unmittelbaren Aufgaben, d.h. die Arbeiterschutzgesetzgebung, zu legen. In der heutigen schnelllebigen Zeit laufe man zudem Gefahr, durch Festhalten an den derzeitigen Tagesforderungen sehr schnell reaktionäre Forderungen, die längst nicht mehr den aktuellen Zielen der Sozialdemokratie entsprechen, zu vertreten. Vielleicht werden gar die Nahforderungen erst nach Erreichung des Endzieles verwirklicht werden, eine Möglichkeit, die ja selbst BEBEL eingeräumt hat. Und schließlich seien es nicht die unmittelbaren Forderungen, die die Massen begeistern, sondern programmatische Schriften wie „Lassalles Arbeiterprogramm, sein Offenes Antwortschreiben, BEBELS Frau, MARX' Kommunistisches Manifest“. 125

Alternativ zum Entwurf des Parteivorstandes, der am 4. Juli 1891 im *Vorwärts* veröffentlicht worden war, und den dazu eingegangenen Änderungsvorschlägen gab es weitere ausgearbeitete Programmvorlagen. Dazu gehörte neben dem Vorschlag der Redaktion des Theorieorgans der SPD, *Neue Zeit* unter Leitung von Karl KAUTSKY, der schließlich als Grundlage für das endgültig verabschiedete Programm dienen sollte, auch der der Redaktion der Magdeburger *Volksstimme*.<sup>126</sup> Dieser hatte den Entwurf des Parteivorstandes zur Vorlage und aus diesem ganze Passagen übernommen. Insgesamt war der Magdeburger Vorschlag der mit der ausführlichsten Einleitung. Er wich in der Stoßrichtung kaum von dem des Parteivorstandes ab, ging aber an einigen Punkten deutlich weiter. Neben den Kleinbauern und Kleinbürgern, deren zunehmend prekäre Stellung in beiden Entwürfen herausgestellt und die als potentielle Bündnispartner der Arbeiter eingeschätzt wurden, wurde im Magdeburger Entwurf auch auf die zunehmende Bedeutung der „technischen und kaufmännischen Arbeiter“, also der Angestellten, verwiesen, die zunehmend die Leitungsarbeit in der Produktion übernehmen und die dann folgerichtig in die Forderung nach Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern einbezogen wurden. Im Gegensatz zum Entwurf des Parteivorstandes wurde auf die Bedeutung der Gewerkschaften im Klassenkampf explizit hingewiesen. Auch in den politischen Forderungen ging der Magdeburger Entwurf über den des Parteivorstandes hinaus. So wurde in ihm die „planmäßige Demokratisierung der ganzen Gesellschaft“ gefordert, ebenso wie die Legislaturperioden der gewählten Volksvertreter auf ein Jahr begrenzt werden sollten. Außerdem gab es eine Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung der Frau, die im Entwurf des Parteivorstandes nicht auftauchte. Gleiches gilt bei der Verwaltung der Sozialversicherungen, wo die Arbeiter nicht nur „maßgebend“ mitwirken sollten, wie im Entwurf des Vorstandes, sondern die „volle Selbstverwaltung“ erhalten sollten. Und last but not least wurde der von der Opposition immer wieder kritisierten Erklärung der Religion zur „Privatangelegenheit“ Rechnung getragen und an Stelle dessen die „Beseitigung des bevormundenden Einflusses der Kirche“ gefordert, ohne allerdings so deutlich die Religion abzulehnen, wie es in den meisten Versammlungen der Opposition zum Ausdruck gekommen war.

Über die Diskussion des Entwurfes in Magdeburg wissen wir nur wenig. Auf einer Versammlung am 10. August 1891 wurden von Dr. LUX dem hiesigen Publikum die Änderungsvorschläge der Redaktion der *Volksstimme* vorgestellt, am 21. September 1891 erläuterte AUERBACH den Entwurf in einer Versammlung, die sich

<sup>122</sup> „Auch die Publikation des bekannten Marxschen Briefes gegen das Vereinigungsprogramm ist hier mit einem auffälligen Stillschweigen übergangen worden“, konstatierten die Behörden in ihrem Überwachungsbericht vom 14. März 1891.

(LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3)

<sup>123</sup> Vgl. Mader 1968, S. 95

<sup>124</sup> Die Versammlungen fanden am 17. und 18. August 1891 im Magdeburger „Eiskeller“ und im „Prinz Karl Salon“ vor 400 bzw. 500 Zuhörern statt.

<sup>125</sup> LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2a, Bl. 77f.

<sup>126</sup> Vgl. Protokoll 1891, S. 13ff.

schließlich in einer Resolution mit diesem einverstanden erklärte.<sup>127</sup> Ob der Magdeburger Entwurf auch außerhalb Magdeburg diskutiert worden ist, konnte nicht verifiziert werden. Lediglich im Zentralorgan der Partei, dem *Vorwärts*<sup>128</sup>, ist der Entwurf kurz besprochen worden. Er wurde dann im Protokoll des Erfurter Parteitages veröffentlicht, aber – da der endgültige Programmvorschlag in einer Kommission auf Basis des Entwurfs der Redaktion der *Neuen Zeit* erstellt und schließlich ohne Diskussion zur Abstimmung gebracht wurde, auf dem Kongress selbst auch nicht diskutiert.

## Der Erfurter Parteitag

Die Spaltung der Magdeburger Parteiorganisation fand auch ihren Ausdruck bei den Delegiertenwahlen für den Erfurter Parteitag. Laut Organisationsstatut hatte jeder Reichstagswahlkreis das Recht, drei Delegierte zu entsenden. Die Buckauer verlangten, dass sie einen Vertreter und die anderen beiden die Magdeburger Partei für den Wahlkreis entsenden sollten. Letztere war aber der Meinung, dass sie allein Anspruch auf Entsendung von Vertretern nach Erfurt hätte, da die Buckauer sich außerhalb der Partei gestellt haben. Die Delegiertenwahl war auf den 15. September 1891 festgesetzt worden. In der öffentlichen Versammlung, die laut Polizeibericht „von etwa 550, meist der sogenannten Opposition angehörigen Personen besucht war“, wurden – nachdem der Referent der Versammlung, AUERBACH, betont hatte, „dass es Pflicht der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sei, von der Tribüne des Reichstages herab dem Volke zu erklären, dass die Sozialdemokratie den Umsturz wolle, die Endziele müssten unverhüllt und klar zu erkennen gegeben werden“ – mit AUERBACH, SCHULTZE und BAETGE drei oppositionell gesinnte Vertreter gewählt.<sup>129</sup> Die Buckauer hingegen sprachen der Versammlung das Recht ab, die Delegierten zu wählen, da diese nur von 200 Genossen besucht gewesen sei, wohingegen die *Volksstimme* darauf verwies, dass „mindestens 400“<sup>130</sup> (laut Polizei sogar 550) anwesend gewesen seien. In einer eigenen Versammlung wählten dann 270 Buckauer Genossen mit dem Dreher Johann ELLGUTH einen eigenen Vertreter<sup>131</sup>.

Auf dem Parteitag wehrten sich die Magdeburger Delegierten gegen die diversen Anschuldigungen. In Magdeburg, erklärte BAETGE, sei die Situation so gewesen, dass hier die Buckauer die Spaltung verursacht und damit z. B. die Landagitation erschwert hatten – ein Vorwurf, der sonst seitens der Fraktion gegenüber der Opposition gemacht wurde. Zudem verwahrte er sich gegen die Einmischung des Parteivorstandes in die lokalen Angelegenheiten, der faktisch die Buckauer zur Wahl eines eigenen Vertrauensmannes ermuntert hatte.<sup>132</sup> Ihm assistierte SCHULTZE, der von einem Versuch seitens des Reichstagsabgeordneten GERISCH berichtete, welcher in einer Versammlung in der Provinz den dortigen Genossen eine Resolution gegen die Opposition untergeschoben hätte. Zudem verwies er auf die Anstrengungen der hiesigen Partei bei der Landagitation, welche alles andere als schädigend auf die Partei gewirkt habe. Er brachte auch noch einmal das Verhalten HEINE während des Geheimbundprozesses im Jahre 1887 zur Sprache bzw. kritisierte den Umstand, dass der *Vorwärts* es abgelehnt hatte, eine Erklärung der Magdeburger Genossen abzudrucken, in dem diese bezeugten, dass HEINE sich damals zur „kaiserlichen Botschaft“ bekannt hatte. „Wenn ein Parteigenosse in einer so hervorragenden Stellung einen solchen Ausspruch tut“, fasste SCHULTZE die Position der Magdeburger zusammen, „so heißt dies, den revolutionären Geist unserer Partei mit Füßen treten.“<sup>133</sup> Er verwahrte sich auch gegen den Vorwurf FISCHERS, in Magdeburg hätten sich „anarchistische Elemente in der Opposition (...) eingeschlichen“<sup>134</sup> und verteidigte „seinen

<sup>127</sup> Vgl. Mader 1968, S. 109 und LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2a, Bl. 108-110

<sup>128</sup> Ausgabe vom 30. September 1891. Vgl. Mader 1968, S. 110

<sup>129</sup> Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 193-202

<sup>130</sup> *Volksstimme* vom 14. Oktober 1891

<sup>131</sup> ELLGUTH ist im offiziellen Protokoll des Erfurter Parteitages nicht verzeichnet, laut Polizeibericht hat er jedoch auf dem Parteitag für das vom Parteivorstand vorgeschlagene Programm gestimmt. Vgl. Protokoll 1891 und LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 193-202

<sup>132</sup> Protokoll 1891, S. 104

<sup>133</sup> Protokoll 1891, S. 105. Hans MÜLLER berichtet auch, dass A. SCHULTZE zur Illustration, welche Auswüchse die Opportunitätspolitik von Fraktionsmitgliedern bereits angenommen hatte, auf dem Kongress den Inhalt einer Karte vorlas, die HEINE an seine Wähler Karten verteilen ließ: „Werther Genosse! Habe gestern eine große Rede gehalten und zwar gegen BISMARCK unter allseitigem Beifall des Hauses. Werde nächstens wieder eine große Rede halten! Euer Aug. HEINE, Mitglied des deutschen Reichstages“ Dies sei jedoch nicht ins offizielle Protokoll aufgenommen worden. (Müller 1892, S. 40)

<sup>134</sup> Protokoll 1891 S. 147f. FISCHER begründete dies damit, dass der der Opposition zugehörige Lokalredakteur KÖSTER Kontakte mit dem ehemaligen Sozialdemokraten Karl SCHNEIDT, der in „schmutzigen Organen der gegnerischen Presse“ gegen die Partei hetze, aufrecht erhalte und „die literarischen Erzeugnisse dieses Menschen“ in der *Volksstimme* zum Verkauf angeboten habe. Zudem seien durch die Expedition der *Volksstimme* den Abonnenten der *Volks-Tribüne* Exemplare der anarchistischen Zeitschrift *Autonomie* beigelegt worden – was er nach Zwischenrufen allerdings korrigieren musste: es handelte sich um das Flugblatt der Opposition, nicht um die *Autonomie*. In einer am 19. Oktober 1891 in Magdeburg tagenden Versammlung wurde eine von KÖSTER eingebrachte Resolution angenommen, in der die Versammlung „entschieden die Unterstellung“ des Abgeordneten FROHME zurückwies, dass „Magdeburg im anarchistischen Fahrwasser segle“ und forderte von diesem „entweder die Beweise für seine Behauptungen oder Zurücknahme dieser Unterstellung.“ (LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 15, Bd.1, Bl 140)

Freund und Genossen KÖSTER“ gegen den Vorwurf des Anarchismus.<sup>135</sup> Auch den Vorwurf an die Magdeburger Partei, dass es dort keine geeignetes Führungspersonal gebe, konterte er mit den Worten: „Wenn gesagt worden ist, es fehlte in Magdeburg ein hervorragender Führer, so antworte ich, wir haben in Magdeburg auch Parteipäpste gehabt, aber mit ihnen aufgeräumt.“<sup>136</sup>

Der auf dem Parteitag eingerichteten sogenannten „Neuner-Kommission“, die die Stichhaltigkeit der von Fraktionsmitglied AUER zusammengestellten „Anschuldigungen der Opposition“ prüfen sollte, verweigerten sich die Vertreter der Opposition – namentlich WERNER, WILDBERGER und die Magdeburger Delegierten AUERBACH, BAETGE und SCHULTZE. Sie erklärten, dass „sie bereits alles öffentlich vor dem Parteitag geäußert haben und auch weiter dazu bereit“ seien, eine Vorführung vor der Kommission aber ablehnten.<sup>137</sup> Als sie eine diesbezügliche Erklärung auf dem Parteitag verlesen wollten, wurden sie durch den Vorsitzenden SINGER daran gehindert. Daraufhin verließen sie gemeinsam den Saal. Schließlich war es der Barlebener Delegierte Fritz KATER, der dem Parteitag die von den o. g. Vertretern der Opposition unterzeichnete Erklärung unterbreitete. In dieser kamen sie ihrem Ausschluss zuvor, indem sie dem Parteitag mitteilten, angesichts der „den demokratischen Grundsätzen direkt zuwiderlaufenden und geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder AUER, BEBEL und FISCHER auf die Zugehörigkeit zu dieser sozialdemokratischen Partei zu verzichten.“<sup>138</sup> Die Neuner-Kommission, die dem Parteitag den Ausschluss der Berliner WILDBERGER und WERNER empfahl und der diesem Beschluss mehrheitlich folgte, verzichtete auf ein Urteil über die Magdeburger Delegierten und stellte ihnen frei, ihren Austritt zu revidieren.<sup>139</sup>

## Die Trennung

Auf einer von ca. 2000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung im „Hofjäger“ zu Magdeburg am 21. Oktober 1891, unmittelbar nach Beendigung des Parteitages in Erfurt, kam es bei der Berichterstattung der Delegierten zu „heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gemäßigten unter Führung von KLEES und den Radikalen.“<sup>140</sup> In der Versammlung, die bis in die frühen Morgenstunden andauerte, traten mit BOCK und MOLKENBUHR sowie WERNER und WILDBERGER jeweils zwei auswärtige Vertreter von Fraktion und Opposition auf. Erstere versuchten mit allen Mitteln, die Opposition in Misskredit zu bringen. So wurde dem – nicht anwesenden – Redakteur der *Volksstimme*, AUERBACH, vorgeworfen, Polizeispitzel zu sein<sup>141</sup> und KÖSTER der Unterschlagung von Parteigeldern bezichtigt. Schließlich wurde mit „großer Mehrheit“ eine Resolution angenommen, in der das „Vorgehen des Parteivorstandes und der Fraktion als richtig“ anerkannt und die Opposition zur Bildung einer eigenen Organisation gedrängt wurde.<sup>142</sup>

Die Magdeburger Parteioorganisation wurde anschließend reorganisiert und alle Posten von Vertretern der gemäßigten Richtung besetzt. Anstelle des ausgetretenen A. SCHULTZE wurde LANKAU als Vertrauensmann und KLEES als sein Stellvertreter gewählt. Die Zeitungskommission wurde ebenfalls neu besetzt – sämtlich mit Anhängern der gemäßigten Richtung.<sup>143</sup> Die Mehrheit der Magdeburger Parteigenossen folgte den bis dato leitenden Genossen nicht und verblieb in der Partei. Jedenfalls sind die Mitgliedszahlen der sozialdemokratischen Parteioorganisation, dem Allgemeinen Arbeiter Verein, weitgehend konstant geblieben bzw. konnte dieser in der Folgezeit sogar einen Zuwachs verzeichnen.<sup>144</sup>

<sup>135</sup> Protokoll 1891, S. 225

<sup>136</sup> Protokoll 1891, S. 225

<sup>137</sup> Protokoll 1891, S. 252f.

<sup>138</sup> Protokoll 1891, S. 502

<sup>139</sup> Protokoll 1891, S. 321f. Diese „Milde“ gegenüber den Magdeburgern war wohl den Befürchtungen geschuldet, dass es in Magdeburg nicht so einfach werden würde, die Partei ohne die Oppositionellen zu reorganisieren. Als auf dem Parteitag die Mitteilung verbreitet wurde, dass in Magdeburg bereits eine Versammlung der Opposition stattfinde, meinte der Delegierte WERNAU (Potsdam), dass es dort „ungeheure Arbeit kosten (werde), um das alte Terrain zu erobern.“

<sup>140</sup> Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 193-202. Aufgrund des „sehr stürmischen Verlaufes“ kam es zu 17 Festnahmen.

<sup>141</sup> Offensichtlich hatte die Parteileitung für den Falle aller Fälle – vermeintlich oder tatsächlich – belastendes Material zusammengestellt, um die Opposition zu kompromittieren. August BEBEL schrieb am 25. Oktober 1890 an den österreichischen Sozialdemokraten Victor ADLER, dass „keine Veranlassung“ gewesen sei (gemeint ist wohl: auf dem Parteitag), von den „Briefen, die du mir in Sachen LUX & AUERBACH sandtest (...) Gebrauch (...) zu machen.“ Weiter heißt es in dem Brief: „Außerdem geht die Magdeburger Clique aus dem Leim. AUERBACH u. LUX hatten schon gekündigt u. der Austritt des ersten aus der Partei wird nunmehr noch beschleunigt werden, wenn er nicht schon vollzogen ist. Mit der Opposition räumen wir auf, sie werden sehr rasch merken, dass außerhalb der Partei stehen moralisch u. politisch tot sein heißt. Wir sind entschlossen hier der Opposition in jeder Weise entgegenzutreten und ihr den Lebensfaden abzuschneiden.“ (Adler 1954, S. 80)

<sup>142</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 845 Bd. 8, Bl. 239ff.

<sup>143</sup> Vgl.: LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2a, Bl. 121-122

<sup>144</sup> Im Oktober 1891 wurden die Zahl von 1203 Mitgliedern auf einer Versammlung des Vereins genannt (LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 15 Bd. 1, Bl. 130), im März 1892 schätzte die Polizei die Mitgliedschaft auf 1500 (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 193-202). Hans MÜLLER verwies darauf (Müller 1892, S. 118), dass in Magdeburg „sich die zahlreichen oppositionellen Elemente scheuten, ihren Delegierten zu folgen und auch ihrerseits aus der Partei auszutreten. Hier versuchte man vielmehr, die Ausgetretenen wieder in den Schoß der Partei zurückzuführen. Indessen ohne Erfolg.“

Die auf dem Parteitag ausgetretenen Leiter der Magdeburger Opposition versuchten noch, in der lokalen Partei wieder Boden zu gewinnen, allerdings erfolglos. Für den 30. November 1891 hatte sie eine Versammlung einberufen, in der AUERBACH ein Referat zur „Bedeutung der Agitation für die proletarische Bewegung“ halten sollte. Aber schon die Wahl des Versammlungs-„Bureaus“ zeigte, dass die Mehrzahl der ca. 530 Versammelten sich nicht zur Opposition bekannte, es gelang ihnen nicht, die von ihnen vorgeschlagenen Vertreter (A. SCHULTZE, BAETGE, Dr. LUX) durchzubringen. Das Referat AUERBACHS, in welchem er die Opposition gegen die Angriffe seitens der Partei verteidigte und dieser, sowie ihrer Presse, vorwarf, „im kleinbürgerlichen Fahrwasser“ zu segeln, wurde von den Anwesenden mehrfach durch Zurufe unterbrochen, wohingegen der Reichstagsabgeordnete MOLKENBUHR offensichtlich zur Zufriedenheit der Mehrheit der Versammelten zur Einigkeit – und damit zur Positionierung gegen die der proletarischen Sache seiner Meinung nach schädliche Opposition – aufrief. Schließlich wurde – nachdem dem Referenten AUERBACH das Schlusswort verweigert worden war – eine vom ehemaligen Buckauer Vertrauensmann, Albert VATER, eingebrachte Resolution, nach der „man (...) der Partei treu bleiben und allen Anfeindungen energisch entgegen treten“ solle, angenommen.

Mit dieser offensichtlichen Niederlage der Opposition war das Band endgültig zerschnitten. Nur wenige Parteimitglieder folgten den auf dem Parteitag Ausgetretenen,<sup>145</sup> die schließlich am 15. Dezember 1891 in Magdeburg eine Filiale des *Vereins unabhängiger Sozialisten* gründeten. In der Folgezeit wandten sich einige der „Unabhängigen“ dem Anarchismus zu, andere wiederum fanden den Weg zur Sozialdemokratie zurück.

## Zusammenfassung

Soweit zur Darstellung der Ereignisse. Eine Frage, die sich aufdrängt, ist die, warum gerade Magdeburg zum zweiten Zentrum der Opposition nach Berlin wurde. Dazu lassen sich heute wohl nur noch Vermutungen anstellen. Zum einen fällt auf, dass es sich bei den führenden Vertretern der Opposition vielfach um Auswärtige handelte – die einen waren aufgrund des Belagerungszustandes aus Berlin Ausgewiesene, die anderen kamen nach Magdeburg, um dort propagandistisch und/oder publizistisch tätig zu werden.<sup>146</sup> Sie hatten die Stadt vermutlich wegen deren geografischer Nähe zu Berlin als Ort ihres Exils auserkoren. Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte aber auch der Fakt gespielt haben, dass die Stadt zu jener Zeit ein aufstrebendes industrielles Zentrum und eine Hochburg der Sozialdemokratie gewesen ist, somit ein Erfolg versprechendes Betätigungsfeld und ausreichende Unterstützung versprach. Der Beitrag der Ausgewiesenen zur Radikalisierung der hiesigen Arbeiterschaft dürfte jedoch bereits in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt haben, hielten sich in den 1880er Jahren einige von ihnen in Magdeburg auf und betätigten sich aktiv – und oft auf dem radikalen Flügel – in der hiesigen Arbeiterbewegung.

Diese Radikalisierung der Arbeiter wurde mit Sicherheit durch das – selbst für damalige Verhältnisse – hohe Ausmaß der Repression in der preußischen Provinzhauptstadt und Garnison Magdeburg verstärkt, welche auch nach Auslaufen des Sozialistengesetzes nur wenig nachgelassen hatte.

Auch die katastrophale soziale Situation, in welcher die überwiegende Mehrheit der Arbeiter zu leben gezwungen war – Magdeburg hatte aufgrund der rasch voranschreitenden Industrialisierung zu jener Zeit eine immens hohe Rate an Zuwanderung – dürfte diese Entwicklung befördert haben.

Die zahlenmäßige Stärke der damaligen Sozialdemokratie lässt sich nur vage beziffern. Zum einen gab es aufgrund der Illegalität bis 1890 kaum aussagekräftige Mitgliederstatistiken, zum anderen ist die Mitgliedschaft in der Partei erst mit dem Organisationsstatut von 1890 einigermaßen eingegrenzt worden. Vorher wurde faktisch all diejenigen zur Partei zugehörig betrachtet, die sich in irgendeiner Weise für sie betätigt hatten. Außerdem waren die Grenzen zwischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation fließend, mitunter erklärten ganze Fachvereine ihre Zugehörigkeit zur Partei, in vielen Gewerkschaften bekannte sich zumindest ein großer Teil der Mitgliedschaft zur Partei.

Anfang 1888 wurden neben den 18 in Magdeburg wohnhaften Ausgewiesenen noch 25 einheimische sozialdemokratische Agitatoren gezählt. Im März 1888 existierten in Magdeburg laut Behördenangaben 30 gewerkschaftliche Fachvereine.<sup>147</sup> Anfang 1890 hatten die im Gewerkschaftlichen Agitationskomitee zusammenge-

<sup>145</sup> Ein weiterer führender Oppositioneller Magdeburgs, LAUBEN, ist auf der Versammlung am 11. November 1891 ausgetreten, nachdem er vergeblich Unstimmigkeiten bei der Wahl des neuen Vertrauensmannes reklamiert hatte. Vgl.: LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2a, Bl. 121-122

<sup>146</sup> Der Zimmermann Adolph SCHULTZE als der führende Kopf der Magdeburger Opposition, ist 1883 aus Berlin ausgewiesen worden. Der Schlosser Fritz KÖSTER war 1885 nach Groß Ottersleben gekommen, weil ihm in Hannover aufgrund der Verfolgungen der Boden unter den Füßen zu heiß geworden war; der Zimmermann August BRINGMANN aus Quedlinburg hielt sich hier aufgrund seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit auf. Der Schriftsteller Paul KAMPFFMEYER (Berlin), der Student Hans MÜLLER (Rostock) und der Kaufmann Albert AUERBACH sind aufgrund ihrer Berufung in die Redaktion der „Volksstimme“ nach Magdeburg gekommen. Gleiches gilt vermutlich für den Elektrotechniker Dr. Heinrich LUX (Breslau). Der Schuhmacher Max BAETGE hingegen waren gebürtiger Magdeburger, der Zimmermann Wilhelm LAUBEN stammte aus Barleben (bei Magdeburg); der Schlosser Oskar NITSCHKE und der Tischler Fritz STAMPEHL sind vermutlich aufgrund der Arbeitsmöglichkeiten nach Magdeburg zugewandert (wie so viele der damals dort lebenden Arbeiter).

<sup>147</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 1, Bl. 128 und 160ff.

schlossenen lokalen Fachvereine bereits ca. 800 Mitglieder. Im August 1891 wurde die Mitgliedszahl im *Allgemeinen Arbeiterverein für Magdeburg und Umgegend* mit 800, im Oktober des gleichen Jahres schon mit 1200 beziffert.<sup>148</sup> Zu öffentlichen Versammlungen mit prominenten auswärtigen Referenten kamen nicht selten bis zu 5000 Personen (wobei hierzu sicher auch viele Interessierte aus nicht-sozialdemokratischen Kreisen zählten), „normale“ Versammlungen der Arbeitervereine erreichten i.d.R. nur dreistellige Besucherzahlen und dies – sofern keine besonderen Anlässe anstanden – zumeist im unteren Bereich. Die Zuhörerschaft setzte sich in ihrer überwiegenden Mehrheit (>90%) aus Männern zusammen, Ausnahmen bildeten nur Versammlungen, mit denen speziell Frauen angesprochen werden sollten.

Hinweise für den Einfluss der Sozialdemokratie im Allgemeinen und deren Opposition im Besonderen kann man auch aus der Verbreitung der sozialdemokratischen Zeitungen ziehen. In der Zeit des Sozialistengesetzes war dies vor allem der von der Parteileitung in Zürich herausgegebene *Sozialdemokrat*, der 1888/89 in 200...300 Exemplaren nach Magdeburg kam, zwischenzeitlich fast gar nicht mehr gelesen wurde und im Frühjahr 1890 wieder mit 200 Exemplaren beziffert wurde. Die Magdeburger *Volksstimme*, die im Juli 1890, als das Auslaufen des Sozialistengesetzes bereits beschlossene Sache war, mit einer Auflage von 2000 startete, erreichte den Höhepunkt ihrer Abonnentenzahlen mit 7500 im Sommer 1890, fiel im Herbst auf 5000, um im Sommer 1891 wieder auf 6500 zu steigen. Ab 1892 begann dann ein stetiges Sinken der Auflage – im Januar 1892 wurden noch 5000 Exemplare verkauft, der Tiefpunkt war Anfang 1893 mit 3500 erreicht. Auffällig ist, dass jeweils dann, wenn die Redaktion sich in den Händen bzw. unter maßgeblichem Einfluss des radikalen Flügels befand, die Auflage ihren höchsten Stand erreichte (jeweils im Sommer 1890 und 1891). Der Zusammenhang wurde – zumindest für 1890 – auch von den Überwachungsbehörden so gedeutet, die das drastische Sinken der Auflage im Herbst 1890, also nach Entlassung der oppositionellen Redaktion um KAMPPFMEYER und MÜLLER, mit der „gemäßigeren Färbung“ des Blattes erklärte.<sup>149</sup> An sonstigen Blättern wurden vor allem Fachvereinszeitungen sowie die *Berliner Volks-Tribüne* gelesen, das offizielle Zentralorgan der Partei, der *Vorwärts* hatte hingegen in Magdeburg nur wenige Abonnenten.

Weitere Anhaltspunkte für die Orientierung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bieten die halbjährlichen Überwachungsberichte der politischen Polizei. Im September 1890 stellte man fest, dass im Wahlkreis „die Anhänger Bebel-Liebknichts immer noch in der Mehrheit“ sind, „jedoch Zahl der Radikalen nicht zu unterschätzen“ seien und „mit Sicherheit“ ihr „Einfluss auf die hiesige Bewegung“ bald zunehmen werde.<sup>150</sup> Ein Jahr später wurde festgestellt, dass „die ‚radikaleren Genossen‘ an Zahl erheblich zugenommen (haben), und der Einfluss der alten Führer (...) bedeutend geringer geworden (ist), als er noch im vorigen Jahre war.“<sup>151</sup>

Auch aus den Abstimmungsergebnissen der Versammlungs-Resolutionen und den Vertrauensmänner- und Delegiertenwahlen kann man Schlüsse zum Kräfteverhältnis ziehen. So herrschte im Herbst 1890, unmittelbar vor dem Parteitag in Halle, ein beinahe ausgewogenes Kräfteverhältnis. Das bestätigte sich auch nach dem Parteitag, als mit SCHULTZE ein Radikaler zum Vertrauensmann gewählt wurde und mit LANKAU ein Gemäßigter als Stellvertreter. Im Sommer 1891, als es zur Abspaltung der Buckauer kam, dürfte sich dieses Verhältnis noch deutlicher zugunsten der Opposition verschoben haben, was sich z. B. in den steigenden Verkaufszahlen der *Volksstimme*, wie auch in der Entsendung von drei Delegierten der Opposition zum Erfurter Parteitag zeigte. Damit war Magdeburg im Übrigen der einzige Ortsverein in Deutschland, der ausschließlich Vertreter der radikalen Richtung entsandte.

Auch im Parteivorstand war man sich darüber im Klaren, dass die dortige Sozialdemokratie nicht von einigen wenigen Literaten verführt worden war, sondern die Opposition in ihr verwurzelt war. Mehrfach wurde davon berichtet, dass BEBEL „nicht gut auf Magdeburg zu sprechen“ war und sich stets gut auf die Auseinandersetzungen in Magdeburg vorbereitete.<sup>152</sup>

Was die viel kolportierte Charakterisierung der Bewegung der „Jungen“ als eine „Literaten- und Studentenrevolte“ angeht, so traf dies in Magdeburg kaum den Kern. Zwar gab es in der Redaktion mit Hans MÜLLER tatsächlich einen Studenten und Paul KAMPPFMEYER könnte man mit einiger Berechtigung sicher als „Literaten“ charakterisieren – die weitaus meisten Anhänger der Opposition der „Jungen“ waren Arbeiter und nicht selten aktive Gewerkschafter. KAMPPFMEYER selbst schreibt in seinen Erinnerungen: „Nichts gemacht Künstliches, nichts im Studierzimmer willkürlich Erklügeltes haftet der Bewegung der ‚Jungen‘ in Magdeburg an. Gegen den nachherigen Versuch, diese Bewegung zu einer bloßen ‚Studentenrevolte‘ zu stempeln, rebelliert das ganze Tatsachenmaterial über die Geschichte und das Wesen der Magdeburger Bewegung selbst.“<sup>153</sup> Die Redakteure der *Volksstimme* waren zudem von hiesigen radikal gesinnten Arbeitern, die Verbindungen zur Berliner Opposition hielten, nach Magdeburg gerufen worden. Mit SCHULTZE, KÖSTER, AUERBACH und BRINGMANN waren

<sup>148</sup> LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 15 Bd. 1, Bl. 115 und 130

<sup>149</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, 212. Die Auflagehöhen stammen aus: LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 120 Bd. 4; LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2 und 3; LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 866 Bd. 1 sowie Drechsler 1995, S. 64

<sup>150</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 212

<sup>151</sup> LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 116-129

<sup>152</sup> Vgl.: LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 212-223,

<sup>153</sup> Kampffmeyer 1910, S. 42

zudem wenigstens vier ihrer führenden Persönlichkeiten an hervorragender Stelle in der Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Warum sich die Fraktion trotz relativ starker Verankerung der Opposition in Magdeburg jeweils so leicht durchsetzen konnte, kann man wohl nur mit Hilfe der Sozialpsychologie erklären. Zum einen hatte in der Arbeiterbewegung die Einigkeit von jeher einen hohen Stellenwert. Das zeigte sich zum einen darin, dass sich hier die Fraktionsanhänger der Leitung der Partei durch die Opposition fügten (auch ausgewiesene Anhänger der Fraktion wie BREMER machten den Buckauern die Spaltung der Partei zum Vorwurf), zum anderen aber, dass man sich jeweils der auf den beiden Parteitag siegreichen Mehrheit der „Alten“ fügte. Zudem hatten die Führer der Sozialdemokratie, allen voran BEBEL, unter der deutschen Arbeiterschaft einen Nimbus und eine unangefochtene Autorität, was in Versammlungen oft den Ausschlag gegenüber den oft unerfahrenen Rednern der Opposition gab.

Dass das Ausscheiden der Opposition doch nicht so ganz folgenlos an der hiesigen Partei vorübergegangen ist, kann man u. a. auch daran ablesen, dass – neben dem deutlichen Rückgang der Abonnentenzahlen der *Volksstimme* – auch die allgemeinen Aktivitäten stagnierten und insbesondere die Landagitation „entscheidend“ zurückging.<sup>154</sup>

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass in Magdeburg in der Zeit zwischen Mitte der 1880er und Anfang der 1890er Jahre eine starke radikale Strömung in der Arbeiterbewegung existierte, die zwar von in die Stadt emigrierten auswärtigen Aktiven beeinflusst worden war, die aber auch eine starke Verankerung in der hiesigen Arbeiterschaft verfügte. Ihr Einfluss ging jedoch nicht soweit, diese radikalisierten Arbeiter zum Verlassen der – nach ihrer Meinung – sich unaufhaltsam auf dem Wege zur kleinbürgerlichen Reformpartei befindlichen Partei zu bewegen. Die Mehrheit zog es offensichtlich vor, mit den „stärkeren Bataillonen“ weiterzumarschieren oder sich aus der Bewegung zurückzuziehen, als sich auf das Abenteuer einer sozialrevolutionären Bewegung einzulassen.

## Literatur

Adler, Victor: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, hg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien 1954

Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 2, Zweiter Halbband, Berlin 1978

Bernstein, Eduard: Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung. Fünfzehn Jahre Berliner Arbeiter-Bewegung unter dem gemeinen Recht. Berlin 1910

Drechsler, Ingrid: Die Magdeburger Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Oschersleben 1995

Fischer, Ekkehard: Akten des Landeshauptarchivs Magdeburg zur Entwicklung der Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz im Bezirk Magdeburg. Erschienen in: Bezirksleitung der SED (Hg.): Über Tatsachen und Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Bezirk Magdeburg. Magdeburg (o. J., um 1963)

Fricke, Dieter / Knaack, Rudolf: Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913, Band 1 1878-1889 (Friedrich Beck (Hg.): Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam) Weimar 1983

Kampffmeyer, Paul: Die Bewegung der Magdeburger „Jungen“, in: Parteitagkomitee (Hg.): Von Fehden und Kämpfen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs. Magdeburg 1910

Kommission zur Erforschung und Propagierung der Geschichte und der Traditionen der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.): Quellensammlung zur Geschichte des Kampfes gegen das Sozialistengesetz im Regierungsbezirk Magdeburg (1878-1890), Magdeburg 1990

Liebknecht, Wilhelm: Kleine politische Schriften. Herausgegeben von Wilhelm Schröder. Leipzig 1976

Mader, Willy: Zur Bewegung der „Jungen“ in der Magdeburger Sozialdemokratie (1890/91). Wissenschaftliche Zeitschrift der TH Otto von Guericke Magdeburg, Heft 4 1966. Magdeburg 1966

Mader, Willy: Zur Magdeburger Arbeiterbewegung in den Jahren 1890-1900. Inauguraldissertation Halle-Wittenberg 1968

MEW: Marx/Engels: Gesammelte Werke

Müller, Dirk H.: Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand. Berlin 1975

Müller, Hans: Der Klassenkampf und die Sozialdemokratie. Zürich 1892

<sup>154</sup> LHASA, MD, Rep. C20 Ia Nr. 120 Bd. 4, Bl. 157

Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Band 1: Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. 2., neu bearb. und erw. Aufl. 1975. Electronic ed. Bonn, FES Library, 2001.  
<http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band1/e235e448.html>

Parteivorstand der SPD (Hg.): Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a.S. vom 12. bis 18. Oktober 1890. Nachdruck Berlin/Bonn 1978

Parteivorstand der SPD (Hg.): Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891. Berlin 1891

Protokoll 1890: siehe Parteivorstand der SPD (Hg.) ... 1890

Protokoll 1891: siehe Parteivorstand der SPD (Hg.) ... 1891

Quellensammlung Magdeburg 1990: siehe Kommission zur Erforschung ...

Teistler, Hermann: Der Parlamentarismus und die Arbeiterklasse. Sozialistische Bibliothek, herausgegeben von Hermann Teistler, Heft 1. Berlin 1892

Woesner, Karl: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Magdeburg und Umgebung zur Zeit des Sozialistengesetzes. Magdeburger Schriftensammlung. Magdeburg o. J. (ca. 1957)